

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg im Landkreis Backnang (1. Teil)¹

Von Dorothea Jochem

Einleitung

Ein Stadtfest in einer mittelgroßen Kreisstadt in Baden-Württemberg: Richtet man beim Schlendern durch die Straßen sein Hauptaugenmerk auf die unterschiedlichen Verkaufsstände, findet man ein Sammelsurium jeglicher internationaler Speisen vor. Neben asiatischen, indischen oder afrikanischen Spezialitäten ist am stärksten die europäische Küche selbst vertreten. Türkisch, Griechisch oder Italienisch gehören dabei zum Standard. Darüber hinaus finden sich Köstlichkeiten aus Osteuropa im Sortiment. Oftmals sind es Speisen, die an sich kaum mehr als fremdländisch wahrgenommen werden. Von dieser Vielfalt, in der sich unter anderem die kulturelle Mannigfaltigkeit widerspiegelt, ist die heutige deutsche Bevölkerungsstruktur geprägt. Doch erst im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich Deutschland vom Status eines Emigrationslandes zu einem so genannten Einwanderungsland entwickelt.² Neben den beiden großen Migrantengruppen der Gastarbeiter sowie der Spätausiedler und Russlanddeutschen schrieb schon früher zuvor eine weitere Einwanderungsbewegung die deutsche Geschichte des vergangenen 20. Jahrhunderts³ maßgeblich mit: Spätestens

gegen Ende des Zweiten Weltkrieges kamen Menschen in das heutige Bundesgebiet, die entweder als Flüchtlinge oder Vertriebene gezwungen waren, ihren Heimatort in den vormaligen deutschen Reichsgebieten bzw. Ost- und Südoststaaten Europas zu verlassen. Das Phänomen der Immigration ist für Deutschland keine außerordentliche Erscheinung mehr, sondern zwischenzeitlich eine Konstante seiner Geschichte. Vor diesem Hintergrund ist eine sozialhistorische Auseinandersetzung mit der Thematik der Integration unausweichlich.⁴

Der vorliegende Beitrag fragt speziell nach der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, von denen in den ersten Nachkriegsjahren insgesamt über 13 Millionen Menschen in das heutige Bundesgebiet kamen.⁵ Angesichts dieser beträchtlichen Anzahl an Zuwanderern mag es erstaunen, wenn bereits 1959, also keine 15 Jahre nach Kriegsende und dem Beginn der Zuwanderungen, Alfred Karasek-Langer konstatierte: „Die Fronten Einheimische und Vertriebene existieren heute de facto nicht mehr. Die Starre hat sich aufgelöst“.⁶ Auch spätere Forschungsarbeiten verbuchen die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen zumeist als einen „Bestandteil einer ebenso unerwarteten wie beispiellosen Erfolgsgeschichte“ der deut-

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung einer Zulassungsarbeit im Fachbereich Geschichte, Abteilung für Landesgeschichte, an der Universität Stuttgart.

² Vgl. dazu: Karl-Heinz Meier-Braun: Deutschland. Einwanderungsland, Frankfurt/M. 2002.

³ Da sich der thematische Rahmen gänzlich im vergangenen Jahrhundert bewegt, werden alle nachstehenden Daten nicht mehr ausdrücklich durch diese zeitliche Angabe ergänzt.

⁴ Paul Lüttinger: Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse, unter Mitwirkung von Rita Rossmann, Frankfurt/M. 1989, S. 35.

⁵ Lothar Burchardt: Fluchtmotive, Fluchttrouten, Fluchtverläufe in Ostdeutschland 1944/45. – In: Lothar Burchardt/Sylvia Schraut/Thomas Grosser/Thomas Schnabel: Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Wiedereingliederung 1945-1955, Stuttgart 1999 (= Schriftenreihe des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Baden-Württemberg Heft 11), S. 10. Allein in die Westzonen kamen bis 1950 rund 8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen. Vgl. Karin Böke: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. – In: Armin Burkhardt/Walther Dieckmann/Peter Fritzsche/Ralf Rytlewski (Hrsg.): Sprache, Politik, Öffentlichkeit, Band 8, Berlin, New York 1996, S. 131.

⁶ Alfred Karasek-Langer: Volkstum im Umbruch. – In: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Bd. 1, Kiel 1959, S. 687.

schen Nachkriegsjahre.⁷ Ob die Integration dieser Bevölkerungsgruppe wirklich so rasch und scheinbar problemlos vonstatten ging, oder ob es sich bei der „schnellen Integration“ um einen „Mythos“⁸ handelt, wird in der vorliegenden Untersuchung zu zeigen sein. Was Integration eigentlich bedeutet, welche Wege sie geht, welche Faktoren ihren Verlauf bestimmen und inwiefern sie dies tun, sind Fragen, die die Analysearbeit im Wesentlichen anleiten sollen.

Räumliche und zeitliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

Da die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen je nach Ausgangsbedingungen nicht nur bundesweit recht unterschiedlich verlief, sondern auch regional und zum Teil sogar lokal verschiedene Wege nahm, lässt sich das Forschungsfeld nicht allein auf thematische Überblicksdarstellungen reduzieren, da diese die räumlichen Divergenzen übergehen. Arbeiten, die die besonderen Entwicklungen einzelner Landkreise und Gemeinden vor Augen führen, ergänzen die Forschung durch differenziertere Kenntnis und Erkenntnis über die Zuwanderereingliederung im heutigen Baden-Württemberg.

Der vorliegende Beitrag möchte hierzu seinen Teil beisteuern, indem er den ehemaligen Landkreis Backnang ins Zentrum seiner Untersuchungen stellt. Die Kreisstadt Backnang kann mitsamt ihren umliegenden Gemeinden und Dörfern als Repräsentant mittelgroßer bis kleinerer Wirtschaftsregionen betrachtet werden, da sie damals selbst zwar durchaus gewerblich strukturiert, jedoch ihr Umkreis ländlich bis geradezu kleinbäuerlich war. Daher besaß er nach dem Krieg nur eine geringe eigene Wirtschaftskraft und erfuhr erst seit den fünfziger Jahren

eine Belebung, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss der eingewanderten Neubürger. Diese waren nicht selten kompetente Fachkräfte, die in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs im noch kaum industriell erschlossenen ländlichen Raum gerade im Handwerk gute Möglichkeiten hatten, einen Betrieb zu gründen.

Informationen zu den vorherrschenden Verhältnissen im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrieren sich in diesem Beitrag vornehmlich auf den amerikanischen Regierungsbezirk Nordwürttemberg. Diese Region des heutigen Baden-Württembergs war der amerikanischen Militärregierung unterstellt und erfüllte damit grundlegend andere Voraussetzungen für den Integrationsverlauf, als dies etwa Südbaden oder Württemberg-Hohenzollern taten, die von Franzosen besetzt waren. Als ein zu Nordwürttemberg gehörender Landkreis war Backnang somit ausschließlich den Vorgaben der amerikanischen Besatzungsmacht resp. des Alliierten Kontrollrats verpflichtet, der sich aus den Repräsentanten aller Besatzungsmächte zusammensetzte.

Wie hat nun die Integration in diesem Gebiet stattgefunden? Am Beispiel Backnangs wird zu zeigen sein, welche maßgeblichen Ausgangsbedingungen vorherrschten, welche Möglichkeiten diese brachten, aber auch, welche Probleme und Hemmnisse es zu bewältigen galt, die es vielleicht in anderen Wirtschaftsregionen so nicht gegeben hat.⁹ Bevor die Fähigkeit zur Eingliederung erörtert wird, gilt es zu fragen, wie es überhaupt um die Bereitschaft zur Integration stand? Welche integrationspolitischen Maßnahmen wurden von den jeweiligen Integrationspartnern konkret ergriffen?

Für die Untersuchung des Integrationsprozesses ist vor allem die Betrachtung größerer Zeiträume notwendig. Nur so können die einzelnen Dimensionen und Entwicklungsstufen eines Pro-

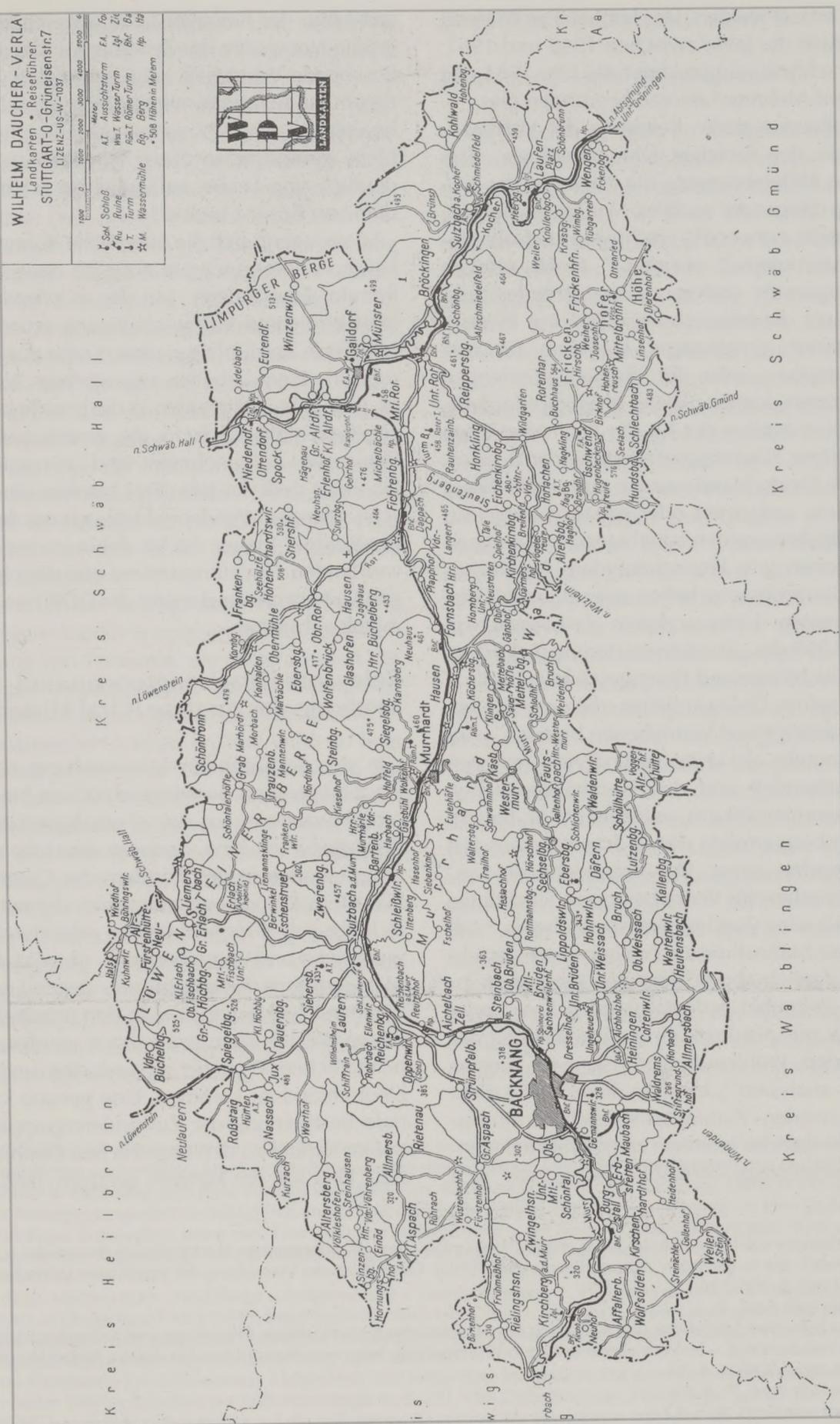
⁷ Thomas Grosser: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961), Stuttgart 2006 (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Bd. 158), S. 1.

⁸ Ebd., S. 1ff.

⁹ Es soll jedoch keine Vergleichsstudie zwischen verschiedenen Regionen bzw. zwischen ländlicheren und städtischen Landesteilen durchgeführt werden. Vergleichbare Untersuchungen zu einzelnen Kreisen bestehen bereits. Vgl. Thomas Grosser/Christiane Grosser: Von der Oral History zur sozialwissenschaftlichen Befragung. Forschungsansatz, Methodik und erste Ergebnisse einer retrospektiven Zeitzeugenbefragung zur Integration der Heimatvertriebenen im Landkreis Buchen und im Stadtkreis Mannheim. – In: Mathias Beer (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschungsergebnisse der Tagung vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen, Sigmaringen 1994 (= Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde 3).

WILHELM DAUCHER - VERLAG
 Landkarten • Reiseführer
STUTTGART-0-Grüneisenstr.7
 LIZENZ-N.S.-W-1037

1:200	0	1000	2000	3000	4000	5000	6
Sk. Schloß	AI	Aussichtsturm	FA	Fa.			
Ru		Wasser-Turm	Zgl	Zgl			
T		Röm-Turm	BK	BK			
W		Wassermühle	Bg	Berg			
M		508	Höhenn.Merem				



Kreis Heilbronn

Kreis Schwäb. Gmünd

Kreis Waiblingen

Der 1938 entstandene Landkreis Backnang.

zesses erfasst werden. Das betrachtete Zeitfenster umfasst die Jahre zwischen 1945 und 1961. Wieso schließt ausgerechnet das Jahr 1961 den Rahmen? Mehrere Faktoren begründen dies.

Die überaus starke Belebung der Volkswirtschaft in den fünfziger Jahren bedingte, dass gewisse Hilfeleistungen, die zunächst der *Milderung dringender sozialer Notstände* dienten, nicht mehr notwendig erschienen und allmählich zurückgestuft wurden.¹⁰ Meist erfolgte dies zugunsten anderer unterstützender Subventionen, die beispielsweise in Form diverser allgemeiner zinsgünstiger Darlehen für den Wohnungsbau oder für Betriebsgründungen zum Tragen kamen. Viele bislang erforderlichen Dienststellen der für die Erstmaßnahmen zuständigen Flüchtlingsverwaltung der Bundesrepublik Deutschland wurden zum Ende dieses Jahrzehnts verkleinert oder gänzlich aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden zunehmend von anderen Institutionen wie Finanzbehörden, Kreditinstituten, Baugenossenschaften oder Baubehörden übernommen. Unter anderem als Folge davon wurde 1969 das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ gänzlich aufgelöst. Obliegenheiten, die nach wie vor die Flüchtlinge und Vertriebenen betrafen, wurden nunmehr als keine gesonderten Anliegen mehr behandelt und den Geschäftsbereichen des Innenministeriums unterstellt.¹¹ In Baden-Württemberg erfolgte dieser Schritt bereits fast ein Jahrzehnt zuvor. Das entsprechende Landesministerium für Vertriebene und Flüchtlinge gab 1960 seine Zuständigkeitsbereiche ab.¹² Ob nun diese Maßnahme als Zeichen einer tatsächlich erfolgreich abgeschlossenen Integration zu diesem Zeitpunkt gedeutet werden kann, oder vielmehr nur Ausdruck einer Verschiebung des „sinkenden Problemdrucks“ ist, wie Thomas Grosser analysiert¹³, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Zumindest spiegelt sie ein insgesamt sinkendes Interesse an der Vertriebenen- und Flüchtlingsproblematik wider, was sich

seit Mitte der fünfziger Jahre abzeichnete. Die größte Not war zu der Zeit überwunden und die boomende Wirtschaft hatte selbst den Zuwanderern zu außerordentlicher ökonomischer Verbesserung verholfen, sodass das Flüchtlingsproblem wenigstens in dieser Hinsicht tatsächlich deutlich von seiner anfänglichen Schärfe und damit an Brisanz verlor.¹⁴

So verlagerte sich die öffentliche Aufmerksamkeit nun unter anderem auf eine neue Gruppe fremder Einwanderer. Mit der in Westdeutschland erreichten Vollbeschäftigung wurden bereits Ende der fünfziger Jahre Kräfte aus Südeuropa als Fremdarbeiter angeworben. Nun galt es, jene Arbeitsmigranten in die beruflichen und gegebenenfalls auch in die gesellschaftlichen Strukturen aufzunehmen und einzugliedern. Überdies stellt das Jahr 1961 insofern einen einschneidenden Wendepunkt dar, als mit dem Bau der Berliner Mauer die bis dahin immer größer werdenden Flüchtlingsströme aus der ehemaligen Sowjetzone und später der DDR nun unvermittelt abbrachen.

Relevante Personengruppen und Methode der Analyse (Oral History)

In der vorliegenden Untersuchung soll das Hauptaugenmerk vorwiegend auf jene heimatlosen Einwanderer aus den ehemaligen östlichen Reichsgebieten bzw. anderen deutschen Siedlungsregionen in den Ländern des Ostens und Südostens Europas gerichtet sein, die entweder in Folge von Kriegsverbrechen oder durch Ausweisungen und Vertreibungen – ob wild oder in Massentransporten organisiert – gegen Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. in den unmittelbaren Jahren danach dazu gezwungen wurden, ihren heimatlichen Wohnort zu verlassen und nach Deutschland zu kommen. Eine genaue kategoriale Bestimmung der Zuwanderergruppen findet im Kapitel zu den begrifflichen Definitionen statt. Hier soll der Hinweis genügen, dass nebst

¹⁰ Beispielsweise solche gemäß des am 8. August 1949 erlassenen „Bundesgesetzes zur Milderung dringender sozialer Notstände“, des so genannten „Soforthilfegesetzes“ (SHG). Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 205-230.

¹¹ Lüttinger (wie Anm. 4), S. 12.

¹² Thomas Schnabel: Entstehung und Auflösung des Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in Baden-Württemberg. – In: Vertriebene in Baden-Württemberg, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 9/2004, S. 94.

¹³ Grosser (wie Anm. 7), S. 13.

¹⁴ Lüttinger (wie Anm. 4), S. 12.

einer inhaltlichen, räumlichen und zeitlichen Eingrenzung auch die erfasste Personengruppe einer expliziten Auswahl unterliegt.

Beispielsweise werden die im Krieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter, die so genannten Displaced Persons (DPs), nicht behandelt.¹⁵ Sie haben eine abweichende Vorgeschichte und bringen deshalb andere Voraussetzungen mit, deren genaue Untersuchung den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Auch jene Einwanderer, die nachträglich im Zuge der Familienzusammenführungsprogramme nach Deutschland zogen, können vernachlässigt werden, da sie zu einem deutlich späteren Zeitpunkt und damit in eine völlig andere Bundesrepublik kamen. Wenngleich die Zuwanderergruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen in diesem Beitrag kollektiv betrachtet werden, gilt es dennoch zu berücksichtigen, dass auch diese an sich keine absolut homogene Gruppe darstellten.¹⁶

Im Zentrum des Beitrags steht die Auswertung einer eigens hierfür konzipierten retrospektiven Befragung von Personen, die selbst Zeugen der damaligen Gegebenheiten waren. Wenngleich die Untersuchung zuweilen durch archivalische bzw. statistische Quellen ergänzt wird, so liegt der Schwerpunkt dieser Erhebung bewusst auf der Methode der Oral History. Sicherlich lassen sich allein auf der Basis von Interviewschilderungen und -interpretationen keine repräsentativen Aussagen treffen. Vielmehr besteht auch, soweit möglich, die Notwendigkeit der Heranziehung schriftlicher Quellen in die Analysearbeit. Insgesamt versteht sich der vorliegende Beitrag als eine weiterführende Studie zu den Flüchtlingsforschungen Horst Klaassens¹⁷, indem sie sie durch die Problematisierung der Integrationsfrage erweitert.

Begriffliche Definitionen¹⁸

„Flüchtling“ oder „Vertriebener“?

Als „Flüchtling“ galt im alltäglichen Sprachgebrauch, wer gemeinhin als heimatlos Gewordener in das Nachkriegsdeutschland kam – ob nun eigenständig, in einer kleineren Gruppe oder in der Masse, wurde nicht unterschieden. Auch schien es zunächst für die Aufnahmegesellschaft kaum von Belang zu sein, woher konkret all diese eingewanderten Menschen jeweils stammten und welche persönliche Vorgeschichte jeder von ihnen hatte. Miteinander gemeinsam hatten alle Zuwanderer, dass sie im Zuge einer mehrjährig anhaltenden Einwanderungswelle in den Westzonen bzw. der späteren Bundesrepublik eine neue Heimat finden mussten. Sie alle bildeten eine Gruppe mittelloser Menschen. Und als solche wurden die Einwanderer von den Einheimischen auch in erster Linie wahrgenommen. Man musste ihnen aus der größten Not helfen, aber vor allem galt es, diese vorerst einmal zu erdulden, bis sie wieder in ihre alte Heimat zurückkehren konnten. An eine dauerhafte Ansiedlung konnten und wollten zunächst wohl nur wenige glauben. In der Tat impliziert der allgemeine Sinngehalt des Begriffs „Flüchtlinge“ den Grundgedanken, dass diese ihren Heimatort nur auf Zeit „infolge von Gefahren für Leib und Leben, etwa aufgrund von Naturkatastrophen, Kriegshandlungen oder politischen Maßnahmen“¹⁹ verlassen mussten und wenn möglich, bald dorthin wieder zurückkehren würden.

Der Flüchtlingsbegriff als eine Pauschalbezeichnung für alle infolge des Weltkrieges heimatlos gewordenen Deutschen etablierte sich nicht nur in der alltäglichen Umgangssprache,

¹⁵ Horst Klaassen involviert allerdings diese Personengruppe in seine Betrachtungen zu Backnang. Vgl. Horst Klaassen: Alle möglichen und unmöglichen Flüchtlinge und entlassene Soldaten. Deutsche Heimatvertriebene und heimatlose Ausländer in Backnang nach dem Zweiten Weltkrieg. – In: Backnanger Jahrbuch 6, Backnang 1998, S. 115-194.

¹⁶ In der Anfangszeit wurden sie tatsächlich ungeachtet ihrer individuellen Migrationsverhältnisse als eine große Gruppe mittelloser Zuwanderer betrachtet. Eine genauere Differenzierung der beiden Zuwanderergruppen bzw. eine Darlegung ihrer Verbindungslinien erfolgt im Kapitel zu den Begrifflichen Definitionen.

¹⁷ Klaassen (wie Anm. 15).

¹⁸ Vgl. dazu: Mathias Beer: Flüchtlinge – Ausgewiesene – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet. – In: Ders./Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997 (= Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung 3), S. 145-167.

¹⁹ Marion Frantziöch: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration. Mit einer kommentierten Bibliographie, Berlin 1987 (= Schriften zur Kultursoziologie 9), S. 271. Die Definition von „Flüchtlinge“ gemäß des § 3 Abs. 1 des BVFG beschränkt sich lediglich auf die geflohenen Bewohner der Sowjetzone oder des Sowjetsektors Berlin.

sondern fand auch Eingang in die juristische, politische sowie öffentliche Sprache. Einerseits, da zu allererst tatsächlich Menschen in die Westzonen kamen, die vor dem Kriegsgeschehen geflohen waren, sodass auch alle weiteren Zuwanderer – ob nun ebenfalls Flüchtlinge, Vertriebene oder auf anderen Wegen Eingewanderte²⁰ – pauschal nach diesen benannt wurden.²¹ Andererseits aber auch, da in den ersten Nachkriegsjahren weder von Seiten der Alliierten Militärregierung, noch von den deutschen Kommunalbehörden eine klare terminologische Abgrenzung stattfand. Der Titel des „Gesetzes Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge“ vom 14. Februar 1947 führte gänzlich undifferenziert den Sammelbegriff „Flüchtlinge“. Alltagssprachlich genügte hierfür erst recht schlichtweg die Bezeichnung „Flüchtlingsgesetz“.²²

Erst mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“, kurz „Bundesvertriebenengesetz“ (BVFG), vom 19. Mai 1953 wurde der Status aller Einwanderer bundesweit einheitlich geregelt.²³ Bis dahin war dies Gegenstand der jeweiligen Ländergesetze. Differenziert wurde in den Paragrafen nur hinsichtlich der beiden Hauptkriterien der Migration: Flucht oder Vertreibung.²⁴ Die Kurzform „Bundesvertriebenengesetz“ setzte sich terminologisch deutlich ab vom ehemaligen „Flüchtlingsgesetz“. Die allgemeine Veränderung des Gesamtverständnisses für die Zuwandererproblematik fand unter anderem in einer Ausdifferenzierung des Fachwortschatzes ihren Ausdruck. Vor allem mit der Gewährung finanzieller Hilfeleistungen wurde die Verwendung genauerer Begrifflichkeiten notwendig. So konnte nämlich der Status der Zuwanderung

den Umfang von Hilfeleistungen bestimmen, etwa im Rahmen des Lastenausgleiches.²⁵

Die Bestimmung des Zuwandererstatus nach BVFG involvierte gleichwohl auch jene Menschen, die aus der Sowjetzone oder dem Sowjetsektor Berlins bzw. später der DDR geflohen waren. Sie wurden vom Gesetzgeber nunmehr als *Sowjetzonenflüchtlinge* (§ 3) bezeichnet und erhielten einen Flüchtlingsausweis C. Dass sich Ende der fünfziger Jahre die Flüchtlingsbezeichnung juristisch lediglich auf die SBZ- bzw. DDR-Flüchtlinge bezog, bezeugt auch die Umbenennung des „Bundesministeriums für Vertriebene“ (1950 konstituiert) in das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ im Jahre 1957. Die gesonderte Aufführung der „Flüchtlinge“ formuliert eine strukturelle Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Ministeriums, der nunmehr unter anderem auch jene späteren Flüchtlinge aus der DDR erfassen sollte.²⁶

Wer seinen Wohnort in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches oder in deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichsgrenze verlassen hatte und direkt in die Westzonen bzw. die BRD zugewandert war, galt hingegen nur noch allgemein als „Vertriebener“, auch wenn er faktisch geflohen war. Darunter grenzte man zusätzlich ab zwischen den *Heimatvertriebenen* (Vertriebenenausweis A; erhielt der Großteil) und den *Vertriebenen* an sich (Vertriebenenausweis B; erhielt vergleichsweise nur eine Minderheit). *Heimatvertriebener* war gemäß § 2 Abs. 1 des BVFG, wer seinen Wohnsitz *bis zum 31. Dezember 1937* in der Region hatte, aus der er später vertrieben wurde.²⁷ § 1 Abs. 1 definierte *Vertriebene* als jene Bewohner deutscher Ostgebiete *nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937*.²⁸ Der Unterschied zwischen beiden Grup-

²⁰ Vgl. etwa die Zeitzeugin Erna Schmidt, die im Anschluss an die Deportation nach Russland über Niedersachsen mit Hilfe eines privaten Kontakts nach Backnang kam.

²¹ Heinrich Rogge: Vertreibung und Eingliederung im Spiegel des Rechts. – In: Lemberg/Edding (wie Anm. 6), S. 190.

²² Reg.-Bl. Württ.-Baden 1947, S. 15ff. Zum Flüchtling als Oberbegriff ferner nachzulesen in: Grosser (wie Anm. 7), S. 50.

²³ Bundesgesetzblatt 1953, S. 201-221.

²⁴ Böke (wie Anm. 5), S. 163.

²⁵ Beispielsweise bekamen die Vertriebenen gegenüber den SBZ-Flüchtlingen einen Heimatzuschlag von 10%. Ebd.

²⁶ Ebd., S. 162.

²⁷ Zum einheitlichen Vertreibungsgebiet zählten alle Gebiete, die am 1. Januar 1914 zum deutschen Reich oder zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie oder zu einem späteren Zeitpunkt zu Polen, zu Estland, zu Lettland oder zu Litauen gehört haben. Bundesgesetzblatt 1953, S. 203. Vgl. Immo Eberl: Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat, Begleitband zur Ausstellung, hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg, Sigmaringen 1993, S. 191.

²⁸ Bundesgesetzblatt 1953, S. 203.

Bundesgesetzblatt

201

Teil I

1953

Ausgegeben zu Bonn am 22. Mai 1953

Nr. 22

Tag	Inhalt:	Seite
19. 5. 53	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —)	201
19. 5. 53	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes	222
15. 5. 53	Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung	224
21. 5. 53	Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundespost	225
20. 5. 53	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet	226

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —).

Vom 19. Mai 1953.

Inhaltsübersicht

ERSTER ABSCHNITT:	§§	ZWEITER ABSCHNITT:	§§
Allgemeine Bestimmungen	1—20	Behörden und Beiräte	21—25
Erster Titel:		Erster Titel:	
Begriffsbestimmungen	1—8	Behörden	21
Vertriebener	1	Landesflüchtlingsverwaltungen	21
Heimatvertriebener	2	Zweiter Titel:	
Sowjetzonenflüchtling	3	Beiräte	22—25
Sowjetzonenflüchtlingen gleichgestellte Personen	4	Bildung und Aufgaben	22
Verwendung des Wortes „Vertreibung“	5	Zusammensetzung des Beirates bei dem Bundesminister für Vertriebene	23
Volkszugehörigkeit	6	Berufung und Amtsdauer	24
Nach der Vertreibung geborene oder legitimierte Kinder	7	Zusammensetzung der Beiräte bei den zentralen Dienststellen der Länder	25
Heirat und Annahme an Kindes Statt	8	DRITTER ABSCHNITT:	
Zweiter Titel:		Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge	26—81
Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen	9—13	Erster Titel:	
Ständiger Aufenthalt	9	Umsiedlung	26—34
Stichtag für Vertriebene	10	Begriff und Zweck	26
Ausschluß von Nutznießern und Personen, die gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben	11	Freiwilligkeit	27
Ausschluß bei Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit	12	Beteiligung der Berufs- und Personengruppen	28
Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen	13	Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse	29
Dritter Titel:		Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in den Ländern	30
Erweiterung des Personenkreises	14	Entlastung der mit Vertriebenen und Flüchtlingen überbelegten Länder	31
Ermächtigung	14	Sonstige Umsiedlung von Land zu Land	32
Vierter Titel:		Umsiedlung innerhalb eines Landes	33
Ausweise	15—20	Einzelweisungen	34
Zweck und Arten der Ausweise	15	Zweiter Titel:	
Zuständigkeit	16	Landwirtschaft	35—68
Ablehnender Bescheid	17	Grundsatz	35
Einziehung und Ungültigkeitserklärung	18	Voraussetzungen für die Eingliederung	36
Vermerk über die Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen	19	Mitwirkung der Siedlungsbehörde	37
Rechtsmittel	20	Beteiligung an der Neusiedlung	38
		Auslaufende und wüste Höfe	39

Erste Seite des „Bundesvertriebenengesetzes“ im Bundesgesetzblatt aus dem Jahr 1953.

pen lag vornehmlich darin, dass jene Menschen laut § 2 nicht nur ihren Wohnort, sondern auch ihre Heimat verloren hatten.²⁹

Mitunter geht die Kategorisierung als „Vertriebener“ auf die Ausgewiesenen selbst zurück, die sich als Opfer nicht nur von Kriegshandlungen begriffen, sondern auch als Opfer der Alliiertenbestimmungen zu Kriegsende.³⁰ Die Anerkennung als „Vertriebener“ sollte auch der negativen Konnotation, die dem Begriff des „Flüchtlings“ verhaftet war, entgegenwirken. „Flüchtling“ galt vor dem Hintergrund der Konflikte zwischen Einheimischen und Migranten geradezu als ein Schimpfwort, von dem sich die Vertriebenen befreien und damit ihre soziale Aufwertung und volles gesellschaftliches Ansehen erreichen wollten.³¹

Dennoch blieb über diese Direktiven hinaus „Flüchtling“ weiterhin ein gängiges Etikett. Da „Flüchtling“ nach wie vor in zahlreichen etablierten Wortverbindungen fortbestand, konnte es nie völlig abgelöst werden. Bereits 1959 kritisierte Heinrich Rogge die recht starke Verhaftung dieses Begriffs innerhalb des Sprachgebrauchs und bewertete sie als die Ursache einer begriffsdefinitorischen Inkonsequenz. Komposita wie „Landesflüchtlingsverwaltung“, „Flüchtlingswesen“, „Flüchtlingsstaaten“ oder „das Flüchtlingsproblem“ wären allgegenwärtig. Selbst die legislative Literatur habe sich auf den „Flüchtlingsbegriff“ fixiert. Beispielsweise bestätigte sich dies in den Ländergesetzen „über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge“.³² Derartige Bezeichnungen wurden bereits in den ersten Nachkriegsjahren formuliert und später nicht mehr oder nur selten den neueren Sprachregelungen angepasst.

Trotz aller Einschränkungen wurden „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ fortan sowohl in der Praxis als auch in wissenschaftlichen Abhandlungen in der Regel gegeneinander abgegrenzt.³³ So befasst sich die Flüchtlingsforschung glei-

chermaßen mit „Flüchtlings“ und mit „Vertriebenen“. Der vorliegende Beitrag möchte zwar keinesfalls in der Tradition einer Begriffskonfusion stehen, dennoch führt er die Termini „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ ebenso weitestgehend nebeneinander, da sie die inhaltliche Verwandtschaft beider Gruppen anerkennt. Allerdings bezieht sich der Flüchtlingsbegriff in dieser Untersuchung nicht auf die „Sowjetzonenflüchtlinge“. Diese werden ausdrücklich als solche oder als „Interzonenflüchtlinge“ bezeichnet.

Zusammengefasst stehen Flüchtlinge wie Vertriebene unter anderem etwa als Zu- oder Einwanderer, Migranten, Heimatlose, Heimat Suchende, oder als Neubürger den Komplementärbegriffen Einheimische, (Orts-)Ansässige, Beheimatete bzw. Altbürger oder Altbevölkerung gegenüber. Andere Bezeichnungen gehen jeweils aus den Kontexten hervor. Als Einheimische etc. werden jene begriffen, die sowohl vor wie auch nach dem Zweiten Weltkrieg stets im Aufnahmegebiet gelebt hatten.

Was ist Integration?

Lange Zeit war zunächst „Eingliederung“ die gängige Leitvokabel im Kontext der Vertriebenenproblematik. In wissenschaftlichen Texten wurde sie seit den siebziger Jahren vom Integrationsbegriff abgelöst.³⁴ Im vorliegenden Beitrag werden beide Begriffe synonym verwendet.

In § 2 der „Vorläufige[n] Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ vom 26. September 1946 wird als Zweck der Betreuung neben der Hilfe zur Linderung ihrer Notlage als zweiter Punkt die Erschaffung einer neuen Heimat für diese Menschen deklariert.³⁵ Dieser Anspruch geht eindeutig über die Auffassung der breiten Bevölkerung hinaus, dass diese Zuwanderer nur auf bestimmte Zeit ihren Wohnort verlassen mussten und sicherlich oder doch hoffentlich bald wieder dorthin zurück-

²⁹ Rechtlich waren Heimatvertriebene und Vertriebene absolut gleichberechtigt. Erstere wurden jedoch punktuell bevorzugt. Sie kamen im Zuge der Entschädigungszahlungen beispielsweise in den Genuss eines gesonderten „Entwurzelungszuschlages“. Eberl (wie Anm. 27), S. 190f.

³⁰ Vor allem auf den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), die erste legale Flüchtlingspartei seit 1950. Böke (wie Anm. 5), S. 155.

³¹ Ebd., S. 154-157.

³² Ebd., S. 64f; Rogge (wie Anm. 21), S.194.

³³ Wolfgang Benz: Fünfzig Jahre nach der Vertreibung. Einleitende Bemerkungen. – In: Ders. (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1995, S. 11.

³⁴ Eberl (wie Anm. 27), S. 161.

³⁵ Ebd., S. 139.

kehren würden, sodass sich die Hilfeleistungen auf die Versorgung mit dem zum Überleben Notwendigsten beschränken dürften.³⁶

Wie die amerikanische Besatzungszone den Einwanderern zur neuen Heimat werden sollte, wird in dem fünf Monate später auf Anordnung der Militärregierung erlassenen und bereits oben erwähnten „Gesetz Nr. 303 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge (Flüchtlingengesetz)“ vom 14. Februar 1947 ergänzt bzw. genauer bestimmt. *Die Eingliederung der Flüchtlinge*, heißt es dort, *soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten.*³⁷ Eingliederung wird demnach als einseitiger Prozess verstanden, in dem sich der zu integrierende Teil allein den Strukturen der aufnehmenden Gesellschaft laut- und spurlos – unter Aufgabe der eigenen kulturellen Identität – anpassen sollte.³⁸ Schon früh gab es Stimmen gegen eine solche einseitige Anpassung von Seiten der Zuwanderer wie auch gegen das Konzept eines „Nebeneinanderherlebens von Einheimischen und Vertriebenen“ in separaten sozialen Subsystemen ohne wechselseitige Einflussnahme, wie es beispielsweise der Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer propagierte.³⁹

1959 sprach sich Heinrich Rogge dafür aus, dass es zwar Aufgabe des Staates sei, die Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland „ansässig oder heimisch zu machen“, jedoch dürfe dies nicht auf Kosten ihres traditionellen Kulturgutes geschehen, welches es vielmehr gemäß § 96 des BVFG von 1953 zu pflegen und zu erhalten gelte. Das kulturelle ostdeutsche Gut sollte jedoch nicht allein im Selbstverständnis der Zuwanderer aus den Vertreibungsgebieten bleiben, sondern auch zum Bewusstsein „des gesamten

deutschen Volkes“ werden.⁴⁰ Der ehemalige Staatssekretär des Bundesvertriebenenministeriums, Peter Paul Nahm, definierte 1971 das Ziel der Vertriebenenintegration rückblickend als „generelle Partnerschaft (...) in Gesellschaft, Wirtschaft sowie Kultur und Geistesleben“.⁴¹

Historische Hintergründe

Kein Krieg des vergangenen Jahrhunderts forderte so viele Opfer wie der Zweite Weltkrieg. Nicht zuletzt musste auch die Zivilbevölkerung großes Leid erfahren. In den letzten Kriegsmonaten konnte Deutschland gegen die vorrückenden alliierten Kriegsmächte kaum noch Gegenwehr leisten, sodass sich die Fronten immer mehr Richtung Deutschland bewegten. Vor allem die deutsche Bevölkerung in den Regionen östlich der Flüsse Oder und Neiße wie auch in den deutschen Siedlungsgebieten Ost- und Südosteuropas war davon direkt betroffen. Bereits gegen Ende des Jahres 1944 verließen daher zahlreiche Menschen ihre Heimat und flüchteten aus diesen Regionen vor der vorwärts stoßenden Roten Armee in Richtung Westen, um Mord, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Verschleppung zum Arbeitsdienst zu entkommen.

Mit dem Kriegsende am 8. Mai 1945 stieg in Deutschland die Anzahl der Zuwanderer aus Ost- und Südosteuropa erheblich und übertraf wohl jede Mutmaßung. Außer den Kriegsflüchtlingen suchten nun auch die Opfer so genannter „wilder Vertreibungen“ Zuflucht in Deutschland. Noch bevor auf der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 der organisierte Transfer der deutschen Bevölkerung aus den ostdeutschen Landesteilen sowie den deutschen Hauptsiedlungsgebieten außerhalb der Grenzen des ehemaligen

³⁶ Grosser (wie Anm. 7), S. 344.

³⁷ Reg.-Bl. Württ.-Baden 1947, S. 15.

³⁸ Deutlich wird dies vor allem auch in § 5 der „Vorläufigen Richtlinien“, wonach zwar durchaus die Teilnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen an Vereinen der Altbevölkerung begrüßt, ihnen jedoch die Gründung eigener Vereinigungen untersagt wird. Die Herausbildung gesonderter Gruppen solle strengstens verhindert werden. Damit die Eingliederung möglichst unproblematisch verlief, waren die Zuwanderer den Einheimischen ansonsten dem Gesetze nach in jeder Hinsicht gleichberechtigt und ebenbürtig. Vgl. hierzu auch § 4 (uneingeschränkter Zugang zu Bildungseinrichtungen), § 6 (über die gleichberechtigte Teilnahme am Wirtschaftsleben) sowie vor allem § 9, der allen Zwangseinwanderern die deutsche Staatsbürgerschaft zuspricht und sie damit den Alteingesessenen ganz und gar gleichstellt. Eberl (wie Anm. 27), S. 139.

³⁹ Böke (wie Anm. 5), S. 204f. Theodor Oberländer (1905 bis 1998). Politiker (GB/BHE, CDU). 1953 bis 1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

⁴⁰ Rogge (wie Anm. 21), S. 196.

⁴¹ Peter Paul Nahm: Doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null, Köln, Berlin 1971, S. 162. Peter Paul Nahm (1901 bis 1981). CDU-Politiker. 1953 bis 1967 Staatssekretär im „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“.

Deutschen Reiches in das in Besatzungszonen eingeteilte Rest-Deutschland beschlossen wurde, erfolgte die schonungslose Vertreibung dieser Menschen aus ihren Heimatorten.⁴²

Als sich Stalin, Truman und Churchill in Potsdam trafen, wurde die Annexion Königsbergs und des nördlichen Teiles Ostpreußens durch die Sowjetunion sowie der übrigen deutschen Ostgebiete durch Polen und die Ausweisung der dort bzw. in anderen südosteuropäischen Staaten (Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) noch lebenden Deutschen besiegelt.⁴³ Diese zweite Phase der Vertreibungen sollte gemäß § 13 des Potsdamer Protokolls planmäßiger und in einer humanen Art und Weise durchgeführt werden.⁴⁴ Euphemisch sprach man in diesem Zusammenhang von „Umsiedlungen“.

Alle bis dahin zumeist vereinzelt oder in kleinen Gruppen Fliehenden bedeuteten für Deutschland keine außerordentliche Zusatzbelastung, da sie in ihrer Gesamtheit keine große Masse bildeten und sich damit regional verstreuen konnten. Schon bald aber strömten – Zug um Zug – in tausendfacher Zahl all jene „planmäßig“ heimatlos gewordenen Menschen in organisierten Massentransporten in das heutige Bundesgebiet.⁴⁵ In der Forschung wird in diesem Zusammenhang weitgehend von einer einmaligen Emigrations- und Vertreibungswelle gesprochen, wie sie die mitteleuropäische Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte. Kriegsergebnisse und Beschlüsse der Kriegsallianz lösten eine ungeheure mittel- und osteuropäische Binnenwanderung aus.

Zu diesem Zeitpunkt bildete Deutschland schon lange keine staatliche Einheit mehr, sondern war von den Alliierten besetzt und in vier

Zonen geteilt, die den Militärregierungen der jeweiligen Besatzungsmächte Sowjetunion, Großbritannien, USA und Frankreich unterstellt waren. In Folge der alliierten Luftangriffe, die vor allem viele Großstädte wie auch die Straßen- und Eisenbahnliniennetze zerstört hatten, war die gesamte Infrastruktur Deutschlands erheblich geschädigt. Dies erschwerte die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen und damit die Wiederbelebung der völlig zusammengebrochenen Wirtschaft beträchtlich. Zudem fehlte es in den Großstädten vor allem an Wohnraum und auf dem Land, wohin zahlreiche Stadtbewohner evakuiert worden waren, mangelte es hingegen an Arbeitsplätzen. Es herrschten Hungernot und Armut. Diese Notlage wurde durch die Aufnahme der besitzlosen, häufig kranken und durch die Überführung geschwächten Zuwanderer noch verschärft. Zwar erlitten auch einheimische Ausgebombte, Evakuierte und Kriegsheimkehrer großes Leid, das dem Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen oft naheoder gleichkam, das Schicksal des Heimatverlustes erschwerte jedoch die Ausgangssituation der Neankömmlinge erheblich.

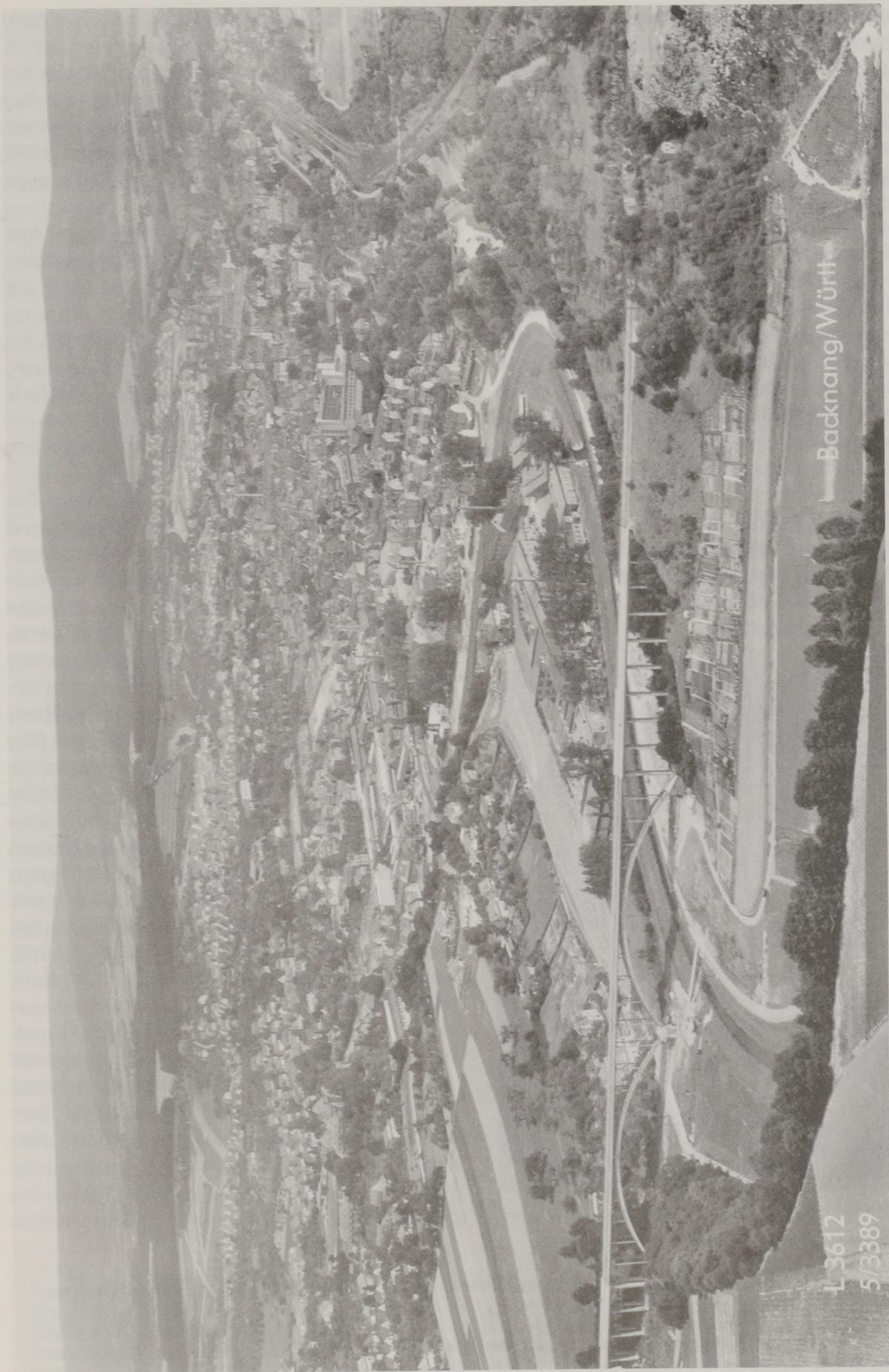
Wenngleich es gemäß der Potsdamer Bestimmungen vorgesehen war, eine gerechte Verteilung der Einwanderer auf alle Besatzungszonen durchzuführen, waren in den westlichen Zonen die drei heutigen Bundesländer Bayern (US-Zone), Schleswig-Holstein und Niedersachsen (jeweils GB-Zone) aufgrund ihrer geografischen Lage und dem damit verbundenen unmittelbaren Angrenzen an die sowjetische Zone besonders betroffen. So blieb das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg zwar weitgehend verschont,

⁴² Insbesondere traf es die Deutschen aus Danzig, Ostbrandenburg, Ostpommern und Niederschlesien. Frantziöch (wie Anm. 19), S. 53.

⁴³ Stalin begründete die Westverschiebung der deutsch-polnischen Grenze und die Annexion der deutschen Nordostgebiete an die Sowjetunion damit, dass angesichts der zahlreich geflohenen bzw. zur Flucht getriebenen Menschen kaum noch Deutsche in diesen Landesteilen leben würden, während jedoch tatsächlich in Ostdeutschland östlich der Oder-Neiße-Linie noch rund vier bis fünf Millionen Deutsche zurückgeblieben waren. Hans-Werner Rautenberg: Ursachen und Hintergründe der Vertreibung. – In: Marion Frantziöch/Odo Ratz/Günther Reichert (Hrsg.): 40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge. Ausstellungskatalog, im Auftrag des Bundes der Vertriebenen, Frankfurt/M. 1989, S. 27. Ferner versprachen sich die Verantwortlichen durch diese Austreibungsmaßnahme einen Beitrag zum endgültigen Frieden in Mittel- und Osteuropa, indem der Existenz völkischer Minderheiten entgegen gearbeitet würde.

⁴⁴ Josef Foschepoth: Potsdam und danach: Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen. – In: Benz (wie Anm. 33), S. 99.

⁴⁵ Bis 1950 kamen rd. acht Millionen Menschen in die Westzonen. Insgesamt waren es sogar über elf Millionen. 1950 bildeten allein die Flüchtlinge und Vertriebenen einen Anteil von rund 16,5 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. Grosser (wie Anm. 7), S. 1. In das heutige Baden-Württemberg kamen ca. über eine Million Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den benannten Gebieten, was etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Ebd., S. 54.



Blick auf Backnang Mitte der 1950er Jahre. Nicht zuletzt durch den Zuzug der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen hatte sich die Einwohnerzahl gegenüber der Vorkriegszeit fast schon verdoppelt.

dennoch bereiteten die Flüchtlings- und Vertriebenenströme auch dort große Schwierigkeiten – ausgenommen die Regionen, die der französischen Militärregierung unterstanden. Da de Gaulle für Frankreich nicht an der Konferenz von Potsdam teilgenommen hatte und auch nicht an den getroffenen Übereinkünften beteiligt war, sperrte er seine Zone gegen jeden Zuzug von Flüchtlingen oder Vertriebenen ab, sodass diese nur vereinzelt dorthin gelangten.⁴⁶ Das erst 1952 gegründete Bundesland Baden-Württemberg bestand nach dem Krieg aus den Ländern Württemberg und Baden, die jedoch von den Besatzungsmächten Frankreich und USA ohne Rücksicht auf die eigentlichen territorialen Grenzen neu geordnet wurden. Nordbaden und Nordwürttemberg wurden als Württemberg-Baden der amerikanischen Zone angeschlossen, während der südliche Teil Badens als Baden sowie Württemberg-Hohenzollern dem französischen Herrschaftsgebiet zugeschlagen wurden. Die Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-Ulm diente dabei als grobe Grenzlinie zwischen den beiden Besatzungszonen in Südwestdeutschland.

Backnang gehörte dem Landesbezirk Nordwürttemberg mit Regierungssitz in Stuttgart an und war damals noch ein eigenständiger Landkreis mit rund 60 000 Einwohnern. In der Kreisstadt Backnang lebten etwa 13 000 Menschen.⁴⁷ Da die Stadt Backnang durch den Krieg vergleichsweise wenig zerstört war und aufgrund der vorhandenen Industrie im Bereich Leder und Textil, Fahrzeugbau und später Elektronik Bedarf an Arbeitskräften bestand, galt sie als besonders geeignet für die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen.⁴⁸ Vor allem konnte in den umliegenden Dörfern und Gemeinden Wohnraum genutzt werden. Dennoch waren im gesamten Landkreis die Aufnahme und die Eingliederung der zunehmend größer werdenden Zuwanderermassen keinesfalls unproblematisch. Wie überall in Deutschland bestimmten auch dort Not und Armut den Alltag. Die meisten Einwanderer im

Kreis Backnang kamen aus der Tschechoslowakei (34%), aus Ungarn (26%) und Polen (25%). Jeweils deutlich unter zehn Prozent lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Rumänien, Jugoslawien, Österreich und anderen Ländern. Insgesamt kamen bis Frühjahr 1947 über 13 000 Heimatlose in den Backnanger Landkreis.⁴⁹

Wie ihre Aufnahme konkret verlief, soll hier nicht genauer erläutert werden. In den anschließenden Kapiteln der Untersuchung wird die Aufnahmesituation immer wieder insofern zur Sprache kommen, als gewisse Modalitäten der Aufnahme – die getroffenen Bestimmungen und Maßnahmen sowie die bestehenden Umstände und Folgen der Einwanderungswelle – sich für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als einflussgebend erweisen.⁵⁰

In späteren Jahren kamen noch andere Zuwanderergruppen nach Nordwürttemberg und damit auch nach Backnang. Es waren Menschen, die aus der Sowjetzone bzw. der späteren DDR geflohen waren sowie zahlreiche ehemalige Kriegsflüchtlinge und Vertriebene, die im Zuge der vier Umsiedlungsprogramme innerhalb der BRD umgesiedelt wurden. Es handelte sich dabei vor allem um Familienzusammenführung oder um evakuierte Einheimische, die an ihre ehemaligen Wohnorte zurückgeführt wurden. In der Regel wurde ihr Wohnort aus den drei Hauptaufnahmelandern Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein in die Bundesländer mit den bislang geringsten Zuwandererquoten verlegt. Da Frankreich seine Zone in der Zwischenzeit für die Flüchtlinge und Vertriebenen schrittweise geöffnet hatte, war Baden-Württemberg damit zu dem Bundesland mit der zweitgrößten Aufnahmekapazität für Umsiedler und SBZ- und DDR-Flüchtlinge geworden.⁵¹ Doch auch die Regionen der US-Zone wurden zu weiteren Aufnahmen verpflichtet, zumal die französische in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den anderen noch hinterherhinkte.

⁴⁶ Grosser (wie Anm. 7), S. 28f.

⁴⁷ Klaassen (wie Anm. 15), S. 116.

⁴⁸ Siehe dazu auch: Dieter Petschuch: Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946. – In: Backnanger Jahrbuch 4, Backnang 1996, S. 88-154.

⁴⁹ Klaassen (wie Anm. 15), S. 119.

⁵⁰ Horst Klaassen dokumentiert diesen Themenkomplex besonders gründlich. Ebd., S. 115-194.

⁵¹ Werner Bader: Flüchtlinge und Übersiedler. – In: Frantziach/Ratza/Reichert (wie Anm. 43), S. 74.

Vorstellung der Interviewpartner

Um in Erfahrung zu bringen, in welchen Formen und Wegen die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Backnang verlief, stützt sich die vorliegende Untersuchung vornehmlich auf Informationen, die aus den vorgenommenen retrospektiven Befragungen von Zeitzeugen gewonnen werden konnten. Alle Interviewpartner leben seit ihrer Zuwanderung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg entweder direkt in der Stadt Backnang oder in einer ihrer umliegenden Gemeinden.

Insgesamt wurden sechs Personen befragt, die in einem unterschiedlichen Alter nach Backnang kamen, wobei jeweils zwei Interviewpartner zu einer gemeinsamen Altersgruppe zusammengefasst wurden, sodass der Auswertung drei Generationen zugrunde liegen. Die erste Gruppe wird durch jene Interviewpartner repräsentiert, die bei der Ankunft in Backnang noch Kinder (5- bis 13-jährig) waren. Die anderen beiden Altersklassen werden nach Jugendlichen (14- bis 19-jährig) und jungen Erwachsenen (20- bis 30-jährig) differenziert.

Die Befragung wurde persönlich von der Verfasserin in Einzelgesprächen mit den Interviewpartnern durchgeführt. Zum einen wurden die Befragten gebeten, frei ihre Einschätzungen und Erinnerungen zu schildern. Zum anderen waren ihnen – zur besseren Vergleichbarkeit der Antworten aller Befragten – mehrstufig skalierte Antworten vorgegeben, da sich dadurch Tendenzen deutlicher erkennen lassen. Die wörtliche Wiedergabe der Äußerungen erfolgt in standardsprachlicher Diktion, auch wenn sie zumeist in einer Mundart vorgebracht wurden. Aus Gründen einer mühelosen Rezeption werden sie entsprechend in die deutsche Hochsprache transformiert, wobei der eigentliche Wortlaut unverändert bleibt.

Im Folgenden werden nun die einzelnen Interviewpartner in kurzen Übersichten vorgestellt. Informationen zur Person, Herkunft, zu den Lebensbedingungen vor der Flucht und Vertreibung und zur Flucht und Vertreibung selbst

werden hierbei vermittelt. Individuelle, grundlegende Merkmale, vor deren Hintergrund zum Teil auch die Daten der Befragung ausgewertet werden, sind in einer übersichtlichen Darstellung zusammengetragen. Die Angaben zu den jeweiligen Personen entstammen den Interviews. Manche Angaben waren nicht überprüfbar, sodass sie als korrekte Aussagen präsupponiert werden müssen.

Johann Locher

Jahrgang:	Januar 1941
Alter bei Ankunft:	5 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	April 1946 ⁵²
Heimatwohntort:	Telki, nahe Budapest, Ungarn

Fünffährig kam Johann Locher im April 1946 als ungarndeutscher Vertriebener in den Landkreis Backnang. Sein einstiger Heimatort Telki befindet sich in einer ländlichen Gegend, ca. 30 Kilometer westlich von Budapest, wo der Vater



Johann Locher heute.

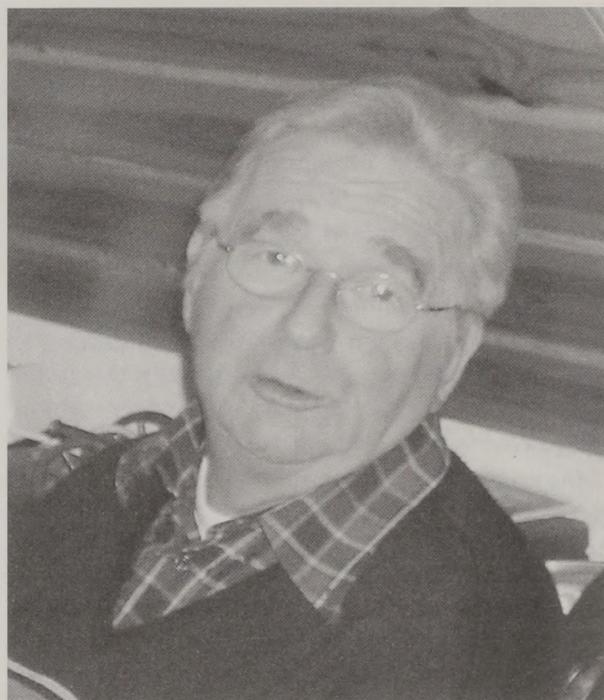
⁵² Zwar gibt Johann Locher als Ankunftszeit Herbst 1946 an, jedoch dürfte es sich hierbei um eine fehlerhafte zeitliche Einschätzung handeln, die auf sein Alter bei der Ankunft (5 Jahre) zurückzuführen ist. Seiner Aussage stehen die Angaben des seinerzeit 17-jährigen Georg Payer und der 21-jährigen Anastasia Math entgegen, die dem selben Ort entstammen. Dass alle deutschen Dorfbewohner im Frühjahr 1946 mit einem gemeinsamen Treck in Richtung Südwestdeutschland ausgesiedelt wurden, liegt nahe und wird durch Erzählungen über die Vertreibung untermauert.

als Maurer tätig war. Eine ähnliche Wohn- und Arbeitssituation fand die Familie auch am neuen Wohnort, in Althütte-Fautspach, einem kleinen Dorf im Osten des Landkreises Backnang, wo sie bei einem Bauern untergebracht war. Der Vater ging in Stuttgart seinem Beruf nach. Aus ihrem Heimatdorf Telki vertrieben wurde die junge Familie Locher mit ihren drei kleinen Kindern – neben Johann gab es noch zwei jüngere Töchter – aufgrund der deutschen Herkunft des Vaters. Zusammen mit sämtlichen anderen Deutschen aus Telki und den umliegenden Ortschaften wurde Familie Locher 1946 ausgewiesen und mit dem Zug in das heutige deutsche Bundesgebiet gebracht. Sie war mit ihrer Heimatgemeinde fest verbunden, pflegte ein lebendiges Familien- und Sozialleben und besaß dort Wohneigentum.

Helmut Giess

Jahrgang:	Oktober 1941
Alter bei Ankunft:	4 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	September 1945
Heimatort:	Sichelberg, Ostpreußen

Bereits als Dreijähriger musste Helmut Giess 1944 mit seiner Mutter, der Großmutter und der kaum ein Jahr alten Schwester aus dem Wohnort Sensburg in Ostpreußen über die Ostsee nach Schleswig-Holstein fliehen, von wo sie zunächst in die Nähe von Emden in Niedersachsen kamen und bei einem Bauern Unterkunft fanden. Familie Giess stammte ursprünglich aus der Gegend des heutigen Kaunas in Litauen, die sie kurz nach Kriegsbeginn im Zuge der Kriegsumsiedlungen verlassen musste. Ein eigenes Unternehmen, Haus oder Grundbesitz musste nicht zurückgelassen werden. Der Vater war schon zuvor aus beruflichen Gründen, er war Fluglehrer, nach Schwäbisch Gmünd im Altkreis Backnang gekommen, von wo aus er den Nachzug seiner Frau, der Kinder und der Großmutter bewirkte. Zwar kamen diese zeitlich etwas früher als die große Masse der Vertriebenen und auch nicht in einem organisierten Transport, dennoch galten auch für sie vergleichbare Ausgangsbedingungen wie für die schon bald daraufhin einströmenden Heimatvertriebenen und anderen Flüchtlinge. Die ersten neun Jahre lebte Familie



Helmut Giess heute.

Giess in einer eigenhändig wiederaufgebauten Militärbaracke in Großspach.

Beide Interviewpartner sind vornehmlich als Beispiele für den Integrationsverlauf bei Flüchtlings- und Vertriebenenkindern interessant. Die beiden folgenden Zeitzeugen, die als Jugendliche nach Backnang kamen, sind angesichts der gemeinsamen Ehe neben vielen anderen Aspekten vor allem auch hinsichtlich der Heiratsstatistik zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen von Interesse.

Theresia Payer, geb. Neubrandt

Jahrgang:	Februar 1932
Alter bei Ankunft:	14 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	Februar 1946
Heimatort:	Budaörs, unmittelbarer Vorort von Budapest, Ungarn

Am 19. Februar 1946 wurden Theresia Payer und ihre Familie *einwaggoniert*, wie sie selber die erfahrene Ausweisung und Umsiedlung per Eisenbahn in eine ungewisse Zukunft stigmatisierend bezeichnet. Familie Neubrandt war in nächster Umgebung von Budapest beheimatet, ihr Heimatort Budaörs befindet sich nur ca.



Theresia und Georg Payer heute.

sechs Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Von ihrem dritten bis zum achten Lebensjahr wohnte die Befragte sogar direkt in der Hauptstadt. Auch nach dem Umzug nach Budaörs bestand weiterhin eine Anbindung an Budapest. Der Vater war dort in der Markthalle als eine Art Platzrichter und Kassierer tätig, weshalb die Familie den ungarischen Nachnamen Nadasi annehmen musste. Theresia Payer besuchte dort die Mittelschule, die sie aufgrund der Ausweisung jedoch nicht abschließen konnte. In der Freizeit pflegte sie Mitgliedschaften in einem Marienverein in Budaörs bzw. später in einer Theatergruppe in Budapest. Zu ihrer Ankunft in Backnang wusste Theresia Payer eine Anekdote zu berichten: Auf dem Marktplatz in Unterweisach wurden einige der neu angekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen versammelt, damit die Landwirte aus der Umgebung diejenigen, die sie nun unterbringen mussten, selbst nach vermuteter Tauglichkeit begutachten und aussuchen konnten. Auch Theresia Payer sollte bei einem Bauern untergebracht werden, wäre dann aber von ihrer Familie getrennt worden, weswegen sie sich vehement weigerte – auch, wie sie ergänzend gesteht, um der Arbeit auf dem Bauernhof zu entgehen, derer sie sich nicht befähigt empfand. So kam die ganze Familie bei einer allein stehenden Frau und Mutter in Cottenweiler unter.

Georg Payer

Jahrgang:	April 1929
Alter bei Ankunft:	17 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	April 1946
Heimatort:	Telki, nahe Budapest, Ungarn

Wie Theresia Payer erinnert sich auch ihr Ehemann Georg Payer an das exakte Datum seiner Ankunft in Backnang, da bei beiden dieser Tag vom eigenen Geburtstag nur wenige Tage entfernt lag. Das kleine, ca. 30 km von Budapest entfernte und zu jener Zeit mit rund 20 Familien besiedelte Dorf Telki ist der Heimatort sowohl von Johann Locher und Anastasia Math als auch von Georg Payer. Er musste ihn als Heranwachsender im April 1946 verlassen. Eine feste lokale Bindung war durch die von den Eltern betriebene Land- und Gastwirtschaft gegeben. Georg Payer hatte ab dem 13. Lebensjahr die Mittelschule in Budapest besucht und dort gewohnt. Als der Vater 1944 zum Kriegsdienst eingezogen wurde, musste Georg die Schule abbrechen, um die elterliche Landwirtschaft zu betreiben. Insbesondere durch die Gastwirtschaft der Eltern, die ein beliebter Treffpunkt der Ein- und Anwohner war, pflegte die Familie viele soziale Kontakte.

Anastasia Math

Jahrgang:	April 1925
Alter bei Ankunft:	21 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	April 1946
Heimatort:	Telki, nahe Budapest, Ungarn

Nachdem sie mit den anderen Vertriebenen zunächst bis zur Weiterverteilung auf die umliegenden Gemeinden einige Tage im Backnanger Flüchtlingslager „Leba“ untergebracht war, kam Anastasia Math genau an ihrem 21. Geburtstag nach Schlichenweiler, einer kleinen abgelegenen Siedlung in der Gemeinde Althütte. Vermutlich war sie mit dem gleichen Treck in Waiblingen und dann Backnang angekommen wie die Familien Locher und Payer, da alle aus demselben Wohnort Telki stammten. Eine Verankerung



Anastasia Math heute.

im Heimatort ergab sich durch ihre Arbeit und durch den Besitz ihrer Familie. Sie hatte sowohl in der Landwirtschaft auf dem Hof der Eltern als auch im elterlichen Dorfladen gearbeitet. Die Arbeit im Dorfladen schuf Kontakte zu den anderen Einwohnern. Soziale Verbundenheit zum Wohnort zeigte sich vor allem in der aktiven Teilnahme am Gemeindeleben, in regelmäßigen Besuchen von Tanzveranstaltungen sowie bei anderen freizeitleichen Aktivitäten im weiten Freundes- und Familienkreis.

Erna Schmidt

Jahrgang:	August 1922
Alter bei Ankunft:	25 Jahre
Ankunft in Backnang bzw. Umkreis:	Oktober 1947
Heimatort:	Hermannstadt in Siebenbürgen, Rumänien

Erna Schmidt unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Herkunft und den Umständen, unter denen sie nach Backnang kam, am deutlichsten von den anderen Interviewpartnern. Zum einen kam sie am spätesten aller Befragten nach Backnang und zum anderen gelangte sie auf individuellem Wege, über einen persönlichen Kontakt zu einer einheimischen Familie, in die

Gerberstadt. Nachdem sie 1945 aus Hermannstadt in Siebenbürgen nach Russland deportiert worden war, kam sie 1947 zunächst in die Sowjetische Besatzungszone nach Frankfurt/Oder und von dort aus nach Braunschweig in ein Übergangslager. Eine langjährige Freundin aus Backnang, mit der sie Briefkontakt hatte, besorgte ihr den nötigen Zuzugsschein, damit sie zu ihr kommen konnte. Die Unterbringung bei der befreundeten einheimischen Familie brachte natürlich von Anbeginn grundlegend andere Integrationsbedingungen, als dies beispielsweise im Zuge einer erzwungenen oder gegebenenfalls sogar mittels rechtlicher Maßnahmen forcierten Einweisung von Zuwandern in die Wohnung Einheimischer der Fall war. Dass Erna Schmidt zunächst gänzlich von ihrer Familie, den Freunden und Bekannten aus der Heimat getrennt war, unterscheidet sie ebenfalls von den übrigen interviewten Zeitzeugen. Zu den Lebensverhältnissen in der Heimat ist außer der Herkunft aus einer mittelgroßen Stadt mit damals ca. 45 000 Einwohnern eine lebendige soziale Lebensführung



Erna Zerbes (heute: Schmidt) im Sommer 1947.

erwähnenswert. Erna Schmidt sagt von sich, dass sie als junge Frau ihre Freizeit stets und gerne mit anderen jungen Menschen verbracht habe. Vor allem durch aktive Mitgliedschaften im Sport- und Wanderverein oder bei den so genannten Jungmädchen boten sich ihr Gelegenheiten hierfür. Als examinierte Schneidermeisterin hatte die Tochter des Direktors einer Tuchfabrik bereits einen fortgeschrittenen Bildungsweg vorzuweisen.

Inhaltliche Analyse und Auswertung der Zeitzeugenbefragungen

Aufnahme- und Eingliederungsbereitschaft als grundlegende Ausgangsbedingung von Integration

Eckhart Ohlshausen begreift als die konstitutive Voraussetzung für das Gelingen von Integration, dass die Beteiligten den Willen und die Bereitschaft zur Eingliederung vorweisen. Im Idealfall sollte dies sowohl „bei dem zu integrierenden Gesellschaftsteil“ als auch „auf der Seite der Aufnahmegesellschaft“ der Fall sein.⁵³ Ohne den geringsten Ansatz eines inneren Einverständnisses ist der Integrationsprozess von Anbeginn ohne jede Perspektive auf Erfolg und wird damit gleichsam bereits im Keime erstickt.

Ob im sozialen Umfeld Backnangs eine solche Bereitschaft gegeben war, bezeugt die heutige Situation, die augenscheinlich das Resultat eines erfolgreichen Eingliederungsprozesses ist, wenn man denn eine gelungene Integration pauschal daran festmacht, inwiefern sich die ehemals fremden Populationen zu einer nicht mehr divergenten Gruppe zusammengefügt haben. Denn in der Tat scheinen sich die ehemals einander fremden Bevölkerungsgruppen heutzutage auf den ersten Blick durch nichts Signifikantes mehr voneinander zu unterscheiden. Oft erfährt man erst in Gesprächen von ihrer verschiedenen Herkunft.

Haltung der Aufnahmegesellschaft – Verantwortungs- und Fürsorgebewusstsein öffentlicher Stellen

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens Baden-Württembergs 1962 resümierte Sepp Schwarz, Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in einem Artikel die Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in den zurückliegenden Jahren seit Kriegsende. Nicht nur der Titel „Den Vertriebenen eine neue Heimat“ deutet bereits die außerordentliche Leistung öffentlicher Instanzen bei der Integration der Nachkriegszuwanderer im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg an. Jedwede Maßnahme, die der Eingliederung der Flüchtlinge diene, beruhte nach Angaben des Verfassers auf der Auffassung der verantwortlichen Personen und Behörden, *in den Heimatvertriebenen nicht nur eine Last und Sorge [zu] sehen, sondern (...) fleißige und aufbauwillige Menschen für unser Land* (Dr. Reinhold Maier, Ministerpräsident Württemberg-Baden, 1946).⁵⁴ Damit wird nachträglich der Eindruck vermittelt, eine aufnahmewillige Gesinnung sei von Anbeginn vorhanden gewesen und zwar eine, die auf die dauerhafte Ansiedlung der Zuwanderer ausgerichtet war. Dies spiegelt aber vor allem die konstitutiven Vorgaben der Amerikanischen Militärregierung zur Flüchtlingspolitik wider, welche die deutschen Staatsmänner und Behörden schlichtweg *volens volens* adaptieren mussten. In den „Vorläufige[n] Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ vom 26. September 1946 wurden diese Direktiven schriftlich verankert und für jede deutsche Behörde in Württemberg-Baden verbindlich gemacht.⁵⁵

Bereits einen Monat später sollten vergleichbare Leitsätze auch die Backnanger Bevölkerung erreichen. Im „Amtsblatt für den Landkreis Backnang“ vom 17. August 1946 ließ das Bürgermeisteramt folgenden nachdrücklichen Appell abdrucken: *Wir werden und müssen*

⁵³ Eckhart Ohlshausen: Versuch einer Definition des Begriffes „Integration“ im Rahmen der Historischen Migrationsforschung. – In: Beer/Kintzinger/Krauss (wie Anm. 18), S. 27-36.

⁵⁴ Sepp Schwarz: Den Vertriebenen eine neue Heimat. – In: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 2/3, Mai 1962, S. 59.

⁵⁵ „Vorläufige Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“ vom Innenministerium mit Genehmigung der Militärregierung am 26. September 1946 erlassen. Nachzulesen und abgedruckt in: Eberl (wie Anm. 27), S. 115.

Aufruf!

Das Flüchtlingsproblem hat nunmehr seinen Höhepunkt erreicht, nachdem im Stadtbezirk Backnang bereits über 2300 Flüchtlinge untergebracht sind. Dank der gemeinsamen Bemühungen aller beteiligten Kreise und Organisationen ist es gelungen, die Flüchtlinge bisher fast reibungslos unterzubringen und die Unterbringungsräume wenigstens notdürftig mit den erforderlichen Einrichtungsgegenständen auszustatten. Da die Bestände des Städt. Hilfswerks, aus denen bisher die Betten, Tische, Stühle und alle übrigen Einrichtungsgegenstände, in beschränkter Anzahl auch die Sparherde, die für die Flüchtlinge zugeteilt werden konnten, nunmehr restlos erschöpft sind, sehen sich die unterzeichneten Organisationen und Vereinigungen gezwungen, die Bevölkerung erneut zur Unterstützung und zur tatkräftigen Beihilfe bei der Beschaffung der erforderlichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände aufzurufen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß auf dem Bühnenboden noch viel überflüssiger und entbehrlicher Hausrat untergebracht ist und daß noch manche Kammer für die Unterbringung der Flüchtlinge durch die käufliche, leih- oder geschenksweise Abgabe des darin aufbewahrten Hausrates freigemacht werden könnte. Die notleidenden Flüchtlinge sind für jedes einzelne Stück aufrichtig dankbar und nehmen auch gerne solche Gegenstände entgegen, die vor der Benutzung repariert werden müssen. Die Not ist so groß, daß wir auf jede Gabe dringend angewiesen sind.

Backnang, den 10. August 1946.

Stadt Backnang: Bürgermeister Baumgärtner

Evangelische Kirchengemeinde: Dekan Pfeifle

Kirchl. Hilfswerk: Lehrer Rieth

Kath. Kirchengemeinde: Stadtpfarrer Hanser

Caritas-Verband: Gräfin v. Vitzthum

Rotes Kreuz: Klotz

Da das Flüchtlingselend uns allen auf der Seele brennt und wir spüren, daß wir helfen müssen, sollte es für einen jeden unter uns eine Selbstverständlichkeit sein, mit offenen Händen gerne alles zu geben, was wir ohne größeres Opfer entbehren können.

Jeder zeige, daß er bereit ist, für unsere Flüchtlinge gerne ein bescheidenes Opfer zu bringen. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Um die Ablieferung möglichst unbeschwerlich und reibungslos durchführen zu können, gehen den einzelnen Haushaltungen mit der Ausgabe der Lebensmittellisten Einzeichnungslisten zu, die wir innerhalb von 8 Tagen bei der Polizeiwache abzugeben bitten. Es wird gebeten, die Einzeichnungslisten genauestens und vollständig auszufüllen und insbesondere anzugeben, ob die Ueberlassung der einzelnen Gegenstände käuflich, geschenk- oder leihweise erfolgen soll. Die einzelnen Gegenstände werden nach vorheriger Verständigung in der Wohnung des Spenders gegen Quittung abgeholt.

Wir werden und müssen auch dieses Problem meistern, wenn wir ehrlich bestrebt sind, am Wiederaufbau unserer Heimat mitzuhelfen; wir dürfen nicht verkennen, daß auch die Flüchtlinge mit dazu berufen sind, an dieser großen Wiederaufbauarbeit teilzunehmen, weshalb wir verpflichtet sind, sie als vollständig gleichberechtigt anzuerkennen und ihnen wieder eine neue Heimat zu bieten.

Christl. Demokr. Union: Limbeck

Demokratische Volkspartei: Robitschek

Sozialdemokratische Partei: Lachenmaier

Kommunistische Partei: Erb

Gewerkschaften: Weiß

Aufruf verschiedener Organisationen zur Flüchtlingshilfe (Amtsblatt für den Landkreis Backnang vom 17. August 1946).

auch dieses Problem meistern, wenn wir ehrlich bestrebt sind, am Wiederaufbau unserer Heimat mitzuhelfen; wir dürfen nicht verkennen, daß auch die Flüchtlinge mit dazu berufen sind, an dieser großen Wiederaufbauarbeit teilzunehmen, weshalb wir verpflichtet sind, sie als vollständig gleichberechtigt anzuerkennen und ihnen wieder eine neue Heimat zu bieten.⁵⁶ Dass die Altbevölkerung zu einer nahezu bedin-

gungslosen Gleichstellung und Eingliederung der zahlreichen Zuwanderer, wie es die Amerikaner gefordert hatten, im praktischen Alltag vermutlich kaum ohne weiteres zu bewegen sein würde, war den einheimischen Behörden offenbar klar. Demnach war es notwendig, der Bevölkerung die Dringlichkeit dieses Anliegens vor Augen zu führen und dabei den daraus hervorgehenden Nutzen für sie selber zu betonen.⁵⁷

⁵⁶ Amtsblatt für den Landkreis Backnang vom 17. August 1946. Das Amtsblatt war eine von der Militärregierung genehmigte, wöchentlich erscheinende Kreiszeitung, die die bisherige Backnanger Tageszeitung ersetzen sollte, nachdem ihrem Verleger die Lizenz durch die Militärregierung entzogen worden war. Rolf Königstein: Vom Intelligenzblatt zur Tageszeitung. – In: 175 Jahre Backnanger Kreiszeitung. Jubiläumsausgabe vom 17. März 2007, S. 11ff.

⁵⁷ Auf die Prämisse, dass Aufnahmebereitschaft vor allem dann geweckt werden könne, wenn man sich von der Eingliederung einen Nutzen verspricht, verweist Eckart Ohlshausen. Ohlshausen (wie Anm. 53), S. 34f.

Die Not war allseits groß und dementsprechend auch der Wille zur Bewältigung der Misstände, die vor allen Dingen durch einen umfassenden Wiederaufbau erreicht werden konnte. Die öffentlichen Aufrufe der ersten Nachkriegsjahre knüpfen genau an diesen Punkt an, indem sie eine Besserung nur unter der Bedingung einer wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen in Aussicht stellen. Wobei in der Hauptsache die wirtschaftliche Integration im Sinne einer Gewährleistung lebensnotwendiger und menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsbedingungen gemeint war. Der geradezu doppelte Nutzen bestand darin, die Zuwanderer nicht nur aus der Situation der Almosenempfänger zu befreien, sondern sie selbst zu mitwirkenden Kräften des erhofften Aufschwungs zu machen – eine Strategie, die beiden Seiten einen Gewinn versprach. Somit richtete sich der Aufruf des Backnanger Bürgermeisters auch an die Zuwanderer selbst, an ihr Eigenengagement und ihren eigenen Beitrag, sofern ihnen die Möglichkeiten dazu geboten würden. In heutigem Jargon würde man von der Hilfe zur Selbsthilfe sprechen.

Es bedarf nicht viel volkswirtschaftlichen und soziologischen Scharfsinns, diese Überlegungen zu verstehen. Sie im Alltag zu befolgen, ist jedoch eine andere Sache. Darum bemühten sich die öffentlichen Instanzen auch um die Vermittlung einer humanitären Grundhaltung an die einheimische Bevölkerung. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden allgemeinen Versorgungslage in den ersten Jahren des Flüchtlings- und Vertriebenenstroms häufen sich jene Artikel im Backnanger Amtsblatt, die sich ausschließlich der Flüchtlingsproblematik widmen bzw. Bewältigungsstrategien und Lösungsansätze zum Thema haben – ebenso wie Beiträge, in welchen schlichtweg an Mitgefühl, wohl tätige Nächstenliebe und Menschlichkeit, spricht an das soziale und humanitäre Engagement der Altbevölkerung appelliert wird.

Im Artikel *Aufruf* vom 17. August 1946 wird die ländliche Altbevölkerung, nachdem *das Flücht-*

lingselend (...) allen auf der Seele brennt, in aller Dringlichkeit zur *Unterstützung und tatkräftigen Beihilfe* aufgerufen. Von der Spenden- oder Leihgabe diversen Hausrats bis hin zur Bereitstellung von Wohnraum war man *auf jede Gabe dringend angewiesen*.⁵⁸ Unterzeichner dieses Schriftstücks waren neben dem damaligen Bürgermeister Dr. Walter Baumgärtner insgesamt noch weitere zehn Vertreter der kirchlichen und politischen sowie anderen wohltätigen Institutionen des Backnanger Landkreises. Ungeachtet der Konfession oder der unterschiedlichen politischen Couleur standen sie mit einer vorbildlichen Selbstverständlichkeit gemeinsam für eine menschenfreundliche Aufnahme und Betreuung der Zuwanderer ein. Ergänzt wurde dieser Aufruf durch einen weiteren, ebenfalls vom Bürgermeisteramt veröffentlichten Appell, in dem der Bürgermeister sich direkt *An die Backnanger Bevölkerung* wandte.⁵⁹ In einem Passus heißt es: *Die Stadtverwaltung Backnang hat zu der Bevölkerung das felsenfeste Vertrauen, daß sie sich der schweren Notlage, in der sich die Flüchtlinge befinden, nicht verschließen und alles dazu beitragen wird, was in ihren Kräften steht, das Flüchtlingselend zu lindern*. Ferner betonte er: *Dazu gehört in erster Linie, daß die Flüchtlinge mit dem nötigen sozialen Verständnis und der gebührenden Nächstenliebe bereitwillig in die Hausgemeinschaft aufgenommen und nicht als Fremdlinge und als Menschen zweiter Klasse behandelt werden*. Ebenso nachdrücklich appellierte er an die Bereitschaft der Flüchtlinge selber, sie sollten sich *in die neue Hausgemeinschaft einfügen u. verständnisvoll die durch die bestehenden Verhältnisse bedingten Einschränkungen und Entbehrungen auf sich nehmen*. Abschließend verlieh er seiner Hoffnung auf *die Vernunft und das Gemeinschaftsgefühl der Backnanger Bevölkerung* Ausdruck.⁶⁰

Warum sind diese Appelle neben den eigentlichen konkreten Maßnahmen der Einheimischen erwähnenswert? Ungeachtet diverser integrationsfördernder formalrechtlicher Rahmenbedingungen findet der Eingliederungsprozess letzt-

⁵⁸ Amtsblatt für den Landkreis Backnang vom 17. August 1946.

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Zwischen den Zeilen klingt eine mögliche Problematik hinsichtlich des Verhältnisses von Alt- zu Neubevölkerung mit, die vor dem Hintergrund eines gemeinsam zu nutzenden Wohnraumes geradezu verschärft wurde. Um nicht vorzugreifen, sei an dieser Stelle lediglich auf diesen Aspekt verwiesen, welcher vor allem im Kapitel zur Haltung der Aufnahmegesellschaft im praktischen Alltag sowie im Kontext der darzulegenden Wohnverhältnisse genauer betrachtet wird.

An die Backnanger Bevölkerung!

Die Stadt Backnang hat es als eine ihrer vor- dringlichsten und vornehmsten Aufgaben erachtet, das fast unlösbar scheinende Flüchtlingsproblem mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu lösen und zu diesem Zweck eine gerechte Wohnraum- verteilung durchzuführen.

Das Wohnungsamt hat daher auf Weisung des städt. Wohnungsausschusses folgende Maßnah- men angeordnet bzw. durchgeführt:

1. den Ein- und Ausbau von Dachstockwohnun- gen, die Fertigstellung der bereits begonne- nen Um- und Ausbauten, den Wiederaufbau der zerstörten und beschädigten Häuser und die Erstellung von Wohnbaracken;
2. die Neuaufnahme des vorhandenen Wohn- raums durch eine Wohnraumerfassungskom- mission zur Schaffung einer genauen Grund- lage für die gerechte Wohnraumverteilung;
3. die Wohnungen der ehemaligen Parteige- nossen dichter zu belegen und besonders ak- tive Pg.'s aus ihren Wohnungen auszuweisen.

In der Erkenntnis, daß die Wohnungsnot immer drückender wird und die Besorgnis begrün- det erscheint, daß die laufend hereinströmenden Flüchtlinge nicht mehr ordnungsmäßig und men- schenwürdig untergebracht werden können, hat nunmehr die Militärregierung befohlen, mit schonungsloser Härte alle ehemaligen aktiven Pg.'s entweder aus ihren Wohnungen her- auszunehmen und mit andern Pg.'s zusammen- zulegen, oder sie aber auf den kleinsten Wohn- raum zusammenzudrängen. Selbst die weniger belasteten Pg.'s und die ehemaligen Mitglieder der übrigen Gliederungen der Partei sollen bei der Unterbringung der Flüchtlinge dadurch be- sonders herangezogen werden, daß sie sich auf den notwendigsten Wohnraum beschränken und jeden überflüssigen Raum abgeben müssen.

Um nun diese Maßnahme gerecht und ge- wissenhaft durchführen zu können, muß dringend gebeten werden, vorläufig von der Einreichung weiterer Wohnungs- und Baugesuche, die nicht als unbedingt lebensnotwendig bezeichnet wer-

den müssen, abzusehen. Jeder verfügbare Wohn- raum muß nach der Anordnung der Militärregie- rung den Flüchtlingen, die Haus und Hof ver- loren haben und von ihrer Scholle verdrängt worden sind, bereitgestellt werden. Die Militär- regierung verlangt, daß die Flüchtlinge zumin- dest nicht schlechter untergebracht werden, als die ehemaligen Pg.'s. Das Bürgermeisteramt ist angewiesen, alsbald eine namentliche Liste über die Belegung der Wohnungen der ehemaligen Pg.'s vorzulegen und nachzuweisen, daß die Pg.'s auf den engsten Raum zusammengedrückt sind und kein verfügbarer Wohnraum zum Nach- teil der Flüchtlinge vorenthalten ist.

Die Stadtverwaltung Backnang hat zu der Be- völkerung das felsenfeste Vertrauen, daß sie sich der schweren Notlage, in der sich die Flücht- linge befinden, nicht verschließen und alles dazu beitragen wird, was in ihren Kräften steht, das Flüchtlingselend zu lindern. Dazu gehört in erster Linie, daß die Flüchtlinge mit dem nötigen so- zialen Verständnis und der gebührenden Näch- stenliebe bereitwillig in die Hausgemeinschaft aufgenommen und nicht als Fremdlinge und als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. An- dererseits muß natürlich auch von den Flücht- lingen erwartet werden, daß sie sich willig in die neue Hausgemeinschaft einfügen u. verständnisvoll die durch die bestehenden Verhältnisse beding- ten Einschränkungen und Entbehrungen auf sich nehmen.

Ich appelliere ebenso herzlich wie dringend an die Vernunft und das Gemeinschaftsgefühl der Backnanger Bevölkerung und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es den gemeinsamen Bemühungen gelingen wird, das Flüchtlingsproblem, das wohl als eines der schwerwiegendsten Nachkriegs- probleme bezeichnet werden muß, gerecht zu lösen. Ich zweifle nicht daran, daß wir auch diese schwere Notzeit überstehen und wieder einer glücklicheren Zukunft entgegengehen werden, wenn sich alle aufbaufähigen und aufbauwilligen Kräfte zusammenfinden und jeder Einzelne dazu beiträgt, die Not der Flüchtlinge zu lindern.

Der Bürgermeister: Baumgärtner

Aufruf von Bürgermeister Dr. Walter Baumgärtner vom 17. August 1946.

endlich nirgends direkter statt als im geleb- ten, praktischen Alltag. Dort jedoch bestimmt vornehmlich die Haltung der Beteiligten die Qualität der Entwicklung. Man darf annehmen, dass dies auch seinerzeit den verantwortlichen Stellen bewusst war und sie sich nicht nur ange- sichts der faktischen Notwendigkeit der Mithilfe aller Betroffenen zu eben jenen Aufrufen ver- anlasst sahen, sondern vermutlich auch durch diesen Gedanken.

Nun beschränkten sich die Bemühungen der öffentlichen Institutionen nicht allein auf die

ethisch-moralische Erziehung und Aufforde- rung sowohl der Ansässigen als auch der Hei- matvertriebenen zur Aufnahme- und Eingliede- rungsbereitschaft und zum gemeinschaftlichen Einsatz für eine erfolgreiche Integration der Neubürger. Auch in der Praxis bewiesen staat- liche, kirchliche oder wohltätige Einrichtungen wie die Caritas oder das Rote Kreuz persön- liches Verantwortungsbewusstsein und Engage- ment. In den ersten Jahren der Ankunft der Zu- wanderer standen selbstverständlich Aktionen zur Erstversorgung und der Existenzsicherung

an erster Stelle.⁶¹ Ohne diese hätten dann auch keine weiteren Integrationsmaßnahmen getroffen werden können, die späterhin als maßgeblicher erschienen. Bevor überhaupt einmal von Seiten der Zwangszuwanderer auch eigeninitiativ die persönliche Eingliederung in die neue Heimat erstrebt werden konnte – sei es in Form eines angemessenen Wohnraumes oder einer angemessenen Arbeitsstelle –, musste zunächst die dringlichste Not behoben und eine halbwegs sichere Existenz begründet werden.⁶² Wenig später schon berücksichtigte man stärker als zuvor auch den Aspekt der Heimatwerdung Südwestdeutschlands für die Zuwanderer. Im Februar 1947 rief der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen im Innenministerium im Amtsblatt ausdrücklich dazu auf: *Hilf, hilf den Heimatsuchern eine neue Heimat finden.*⁶³

Greifen wir an dieser Stelle nochmals zurück auf die oben erwähnten „Vorläufigen Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen“. Für die Integration der heimatlosen Zuwanderer bilden sie einen entscheidenden rechtlichen Rahmen, da sie in Bezug auf die Flüchtlinge und Vertriebenen unter anderem sowohl in das am 14. Februar 1947 erlassene so genannte „Flüchtlingsgesetz“ als auch in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 in wesentlichen Punkten einfließen. Die wichtigste Bestimmung ist in diesem Zusammenhang die uneingeschränkte rechtliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Gleichstellung der Neubürger mit der einheimischen Bevölkerung. Die Gleichberechtigung der Flüchtlinge mit den Einheimischen in ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten wurde schließlich in Art. 116 Abs. 1 des Grund-

gesetzes festgeschrieben, worin ihnen die volle deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt wurde. Sie war grundlegend für jegliche Vorhaben zur Aufnahme und Eingliederung, da nur auf ihrer Basis den Zuwanderern die erforderlichen Sozial- und Finanzleistungen zuteil werden konnten.⁶⁴ Für die gleichberechtigte Aufnahme durch die einheimische Umwelt war sie ebenfalls unabdingbar, auch wenn sie diese nicht garantieren konnte.⁶⁵ Man bedenke in diesem Zusammenhang einmal die hierdurch erwirkte Erleichterung bei der Eheschließung zwischen Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen.

In § 2 der Richtlinien wurde fernerhin ausdrücklich die Schaffung einer neuen Heimat für die Zuwanderer als die Intention aller Regelungen diktiert, also das eigentliche Ziel von Integration konkret formuliert. Die einzige ausdrückliche Ungleichbehandlung zwischen Einheimischen und Vertriebenen erfolgte nach § 5 der Rahmenrichtlinien: Zwar waren demnach die Neubürger zur Teilnahme am Vereinsleben in gleicher Weise berechtigt wie die Altbürger, jedoch blieb ihnen selbst bis 1948 die eigene Gründung von Vereinigungen untersagt, damit *ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung*, wie es in Anlehnung an die Bestimmungen der Militärregierung nun im Flüchtlingsgesetz von 1947 deklariert wurde, bestmöglich gewährleistet werden konnte.⁶⁶

Das amerikanische Assimilationsprogramm war darauf ausgerichtet, dass sich beide Bevölkerungsteile in jeder Domäne des Alltags zwangsläufig begegnen mussten, um damit die Entstehung gesonderter Gruppen zu verhindern. Da sich in vielen Fällen Einheimische und Einwanderer den Wohnraum teilen mussten, fan-

⁶¹ Vgl. dazu Klaassen (wie Anm. 15).

⁶² Im November 1948 wird in einem kurzen Artikel der Militärregierung gerade diese Selbsthilfe der Ostflüchtlinge gewürdigt. Ein Fall aus dem Landkreis Pforzheim wird als Beispiel hierfür hervorgehoben, aber gleichzeitig auch der unterstützende Beitrag einheimischer Beamten. Einige sudetendeutsche Flüchtlinge hatten sich entschlossen, eigenhändig und ohne Kapital eine Ziegelei zu errichten, um so die Ziegelsteine für ihre Häuser herzustellen. Nur mit der Bereitstellung von Baugrund und Bäumen als Feuermaterial durch den Bürgermeister konnte dieses letztlich erfolgreiche Projekt realisiert werden. Amtsblatt für den Landkreis Backnang vom 5. November 1948.

⁶³ Amtsblatt für den Landkreis Backnang vom 8. Februar 1947.

⁶⁴ Zur Relevanz des entsprechenden Artikels 116 des Bundesdeutschen Grundgesetzes vgl. Marion Frantziöch-Immenkeppel: Die Vertriebenen in der Bundesrepublik. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (B 28/96) vom 5. Juli 1996, Bonn 1996, S. 7.

⁶⁵ So konnten rechtliche Bestimmungen und der realhistorische Alltag zum Teil sehr weit auseinanderklaffen, etwa wenn den Flüchtlingen in keiner gebührenden Weise begegnet wurde. Siehe hierzu das Kapitel zur Haltung der Aufnahmegesellschaft im praktischen Alltag.

⁶⁶ Eine politische Interessenvertretung der Vertriebenen und Flüchtlinge konnte demgemäß erst nach der Aufhebung dieses Verbotes im Jahr 1948 entstehen. Hermann Weiss: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse. – In: Benz (wie Anm. 33), S. 198–208.

den die ersten Begegnungen vor allem im häuslichen Bereich statt. Dies führte zwar einerseits zu erheblichen Spannungen, bot andererseits jedoch auch die einmalige Chance gegenseitiger direkter Kontaktaufnahme und damit eine erste Plattform der kognitiven und emotionalen Annäherung.

Für die gegenseitige Annäherung beider Bevölkerungsgruppen war jedoch zunächst eine allgemeine Erholung der misslichen Existenzlage der Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig. Dies erkannten die verantwortlichen Institutionen und verhalfen ihnen mit entsprechenden Maßnahmen, eine reale Angleichung an die Altingesessenen vor allem in materieller Hinsicht zu erreichen. Dabei hatte man nicht nur das Verantwortungsbewusstsein für die Heimatvertriebenen im Auge, sondern auch die künftige gesamtstaatliche Entwicklung und das Ziel eines baldigen allgemeinen Wiederaufbaus.

Das „Soforthilfegesetz“ (SHG) vom 8. August 1949 legte den gesetzlichen Grundstein zur Verbesserung der Notlage der Flüchtlinge und wurde am 1. September 1952 vom „Lastenausgleichsgesetz“ (LAG) abgelöst.⁶⁷ Dieses Gesetzgebungswerk hatte zum Ziel, für Verluste, Schäden und Mängel aus Krieg und Vertreibung einen finanziellen und sozialen Ausgleich zu schaffen, um somit die Geschädigten zur Neugründung einer eigenständigen, nicht mehr hilfebedürftigen, menschenwürdigen Existenz zu befähigen. Mittels steuerlicher Solidarabgaben konnten nicht nur Zugewanderten, sondern auch hilfebedürftigen Einheimischen zinsgünstige oder gar zinsfreie Darlehen gewährleistet werden.⁶⁸ Die berufliche Eingliederung wurde beispielsweise durch Investitionskredite zur Errichtung eines Betriebes gefördert, die von der Landesausgleichsbank oder vom Land selber gewährt wurden. Auch steuerliche Vergünstigungen sollten diese unterstützen.⁶⁹ Angesichts der



Familie Giess Ende der 1940er Jahre (3. v. l.: Helmut Giess).

weiterhin vorherrschenden Wohnraumnot dienten diverse Finanzierungshilfen vor allem auch dem sozialen Wohnungsbau. Unter anderem ermöglichte das katholische Siedlungswerk der Diözese Rottenburg in Auenwald-Unterbrüden mit dem Kauf von Bauland die Gründung einer Wohnsiedlung für ungarische Vertriebene.

In der Regel jedoch bezeugten kirchliche Einrichtungen ihre Aufnahmebereitschaft, indem sie eine menschenfreundliche Gesinnung vorlebten. Soziale Fürsorge und die vorurteilslose Involvement der Zuwanderer in das Gemeindeleben sind Gesichtspunkte, die die Befragten in diesem Zusammenhang besonders hervorhoben. Durch die gemeinsame Teilnahme an der Heiligen Messe und an Kirchenfesten wurde überdies ein Rahmen der Begegnung und Zusammenführung beider Bevölkerungsseiten geschaffen.

⁶⁷ Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 205-230; Bundesgesetzblatt 1952, S. 445-552.

⁶⁸ Frantziöch-Immenkeppel (wie Anm. 64), S. 7.

⁶⁹ Vgl. Zur Lage der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in Baden-Württemberg IX., hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg – Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Stuttgart 1966, S. 39f bzw. Zur Lage der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in Baden-Württemberg VIII., hrsg. vom Innenministerium Baden-Württemberg – Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Stuttgart 1964, VIII, S. 62-77. Statistische Daten zur Beteiligung der Vertriebenen an Handwerks- und Handelsbetrieben in den sechziger Jahren sind nachzulesen in: Ebd., S. 31-37. Die erweiterten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt fanden auch in den Amtsblättern Ausdruck. In den Ausgaben der späten vierziger und frühen fünfziger Jahren häuften sich die Annoncen zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt mittels Schul-, Berufs- und Weiterbildungs- sowie Umschulungsangeboten.

Ein entscheidendes Zeugnis für die öffentliche Aufnahmebereitschaft stellte § 96 des am 19. Mai 1953 in Kraft getretenen „Bundesvertriebenengesetzes“ (BVFG) dar, der es Bund und Ländern zur Aufgabe machte, *das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge und des gesamten deutschen Volkes zu erhalten* und damit die Kultur der Ostzuwanderer gleichermaßen als ein Teil der gesamtdeutschen Kultur begriff.⁷⁰ Damit erfuhren die Neubürger eine endgültige Gleichbewertung ihrer Person. Beiden Integrationspartnern sollte bewusst werden, dass gemeinsame ethnische Wurzeln existierten und dass vermeintliche Unterschiede der Lebensweisen und Mentalitäten lediglich auf die geografischen Distanzen zurückzuführen waren.

Folgende Entwicklungen lassen sich für den betrachteten Zeitraum bilanzieren: In den ersten Jahren schlug sich die zustimmende Haltung, die allerdings zunächst noch stark unter dem Einfluss der Militärregierung und dem Eindruck der gravierenden Notlage stand, vor allem in Maßnahmen zur Erstversorgung nieder. Darüber hinaus wurden von Anbeginn rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die bereits die dauerhafte Aufnahme der Zuwanderer verfolgten. In der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in den fünfziger Jahren erweiterte sich diese Grundposition hin zu einem ehrlichen Bestreben der verantwortlichen Stellen. Dies äußerte sich etwa darin, dass nun auch stärker die Person des Zuwanderers wahrgenommen wurde. Die Eingliederung der Zuwanderer wurde nun sowohl im Hinblick auf die ökonomische Angleichung als auch auf ihre soziale Annäherung verstanden.

Die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen besteht hinsichtlich des Integrationsprozesses zum einen darin, dass sie den Flüchtlingen und Vertriebenen dazu verhalfen, in beruflicher und materieller Hinsicht Fuß zu fassen. Dies verband letztlich auch emotional mit dem neuen

Wohnort, indem die verbesserte Lebensqualität auf ihren Wunsch und Willen, in Backnang endgültig sesshaft zu werden und damit auf ihre persönliche Eingliederungsbereitschaft weitgehend positiv Einfluss nahm.⁷¹ Ferner war vor allem die gesetzliche Schaffung gleichberechtigter Rahmenbedingungen ein wesentlicher Schritt hin zur unabdingbaren Wiederherstellung des persönlichen Selbstwertgefühls der Zuwanderer. Ohne das hätten sie sich nicht zu jenen teilnehmenden und mitwirkenden Gliedern eines Sozialgefüges entwickeln können, die sie heute – auch in der persönlichen Wahrnehmung – darstellen.⁷²

Haltung der einheimischen Bevölkerung im praktischen Alltag

Unter den Flüchtlingen gäbe es *nur Arme und Ärmste. Das erschwert auch die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu ihnen, da sie gewissermaßen als Bettler kommen*. So beschrieb Dr. Karl Sernetz, Lagerarzt aller Flüchtlingslager im Backnanger Kreis, am 31. Dezember 1946 die Eingliederungsmöglichkeiten der zugewanderten Heimatlosen.⁷³ Diese in großer Zahl einströmenden Besitzlosen waren es auch, die die prekäre Versorgungslage in Südwestdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren zusätzlich verschärften. Auf Hilfeleistungen und Almosen angewiesen und auf eine notdürftige Unterkunft sowie die lebensnotwendigste Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Hausrat hoffend, drohten sie nun der ebenfalls durch den Krieg nicht unversehrten einheimischen Bevölkerung die wenigen Ressourcen noch streitig zu machen. Durch öffentliche Aufrufe und organisierte Hilfsmaßnahmen wurden die Einheimischen zu Spendengaben und der Bereitstellung ihres Wohnraums aufgefordert.⁷⁴

Umfassend betrachtet kann für die erste Zeit der Zuwanderung tatsächlich geradezu eine „Welle der Hilfsbereitschaft“ von Seiten der

⁷⁰ Bundesgesetzblatt 1953, S. 219.

⁷¹ Nach Aussagen der Befragten.

⁷² Nach Aussagen der Befragten.

⁷³ Zitiert aus Klaassen (wie Anm. 15), S. 137.

⁷⁴ Vgl. vorhergehendes Kapitel sowie hierzu auch Hans Georg Lehmann: *Oder-Neiße-Linie und Heimatverlust – Interdependenz zwischen Flucht/Vertreibung und Revisionismus*. – In: Rainer Schulz u. a. (Hrsg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit*, Hildesheim 1987 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen: Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945, Bd. 4), S. 114.

ansässigen Menschen konstatiert werden. Zumindest solange, bis erkennbar wurde, dass die Hilfeempfänger nicht wie angenommen nur vorübergehend aufzunehmen waren, sondern sich ihr Aufenthalt als dauerhaft erweisen sollte.⁷⁵ Wie zuvor bereits gesehen, wurde von Beginn an in den wöchentlichen Ausgaben des „Amtsblattes für den Landkreis Backnang“ der Bevölkerung vermittelt, dass hinter jeglichen Soforthilfemaßnahmen die Absicht stand, den Eingewanderten ein neues Zuhause zu gewähren und dass hierfür alle Mittel zum Einsatz kommen müssten. Dennoch wuchsen sowohl gerade angesichts der dauerhaften Beherbergung als auch vor dem Hintergrund des Anstiegs der Vertriebenen Zahlen sowie der Zuspitzung der Versorgungsnotlage die Feindseligkeiten gegenüber den Ankömmlingen.

Horst Klaassen berichtet in seinem Aufsatz unter anderem von einer Backnangerin, die sich solange partout geweigert hatte, Flüchtlingen den zugewiesenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, bis sie eine Bußgeldstrafe von 200 Reichsmark (RM) zahlen musste.⁷⁶ Mittels solcher oder ähnlicher Maßnahmen konnten massivere Resistenzen in der Regel bald abgewendet werden. Protestaktionen von vergleichbarer Insistenz wurden zwar im Backnanger Amtsblatt angeprangert, weniger drastische Erfahrungen fanden jedoch zumeist kein öffentliches Gehör, waren aber schlicht ein Teil des Alltags und damit von größter Bedeutung. Wie nahm nun die Backnanger Bevölkerung die Gegenwart der Zuwanderer an? Wie verhielt sie sich explizit dem Flüchtling gegenüber?

Aussagen der befragten Zeitzeugen zeigen, dass sich viele Backnanger Altbürger insbesondere bei der Unterbringung der Vertriebenen in Privatwohnungen häufig reserviert und widerwillig zeigten. *Die Feindseligkeiten waren gewaltig*, weiß Johann Locher diesbezüglich zu bemerken.⁷⁷ Als Musterbeispiel ist ihm aus der Zeit vor allem jener Vorfall präsent, bei dem die Familie von den ansässigen Dorfbewohnern fälschlicherweise des Diebstahls bezichtigt wurde. Auch Anastasia Math erinnert sich an einen

eher rohen Umgang der Landwirte mit den geduldeten „Untermietern“, obzwar diese sogar eine separate Unterkunft in einem kleinen anliegenden Häuschen bewohnten. Für die schwere körperliche Arbeit auf dem Hof bei gleichzeitig unzulänglicher Vergütung, die insbesondere in Form von Lebensmitteln hätte erfolgen sollen, empfand sich die Betroffene regelrecht *ausgebeutet*. Willkommen schienen sie nur als Arbeitskräfte gewesen zu sein. Eine angemessene Unterbringung und Versorgung oder gar ein gemeinschaftliches, ein auf gegenseitige Anteilnahme und Unterstützung beruhendes Zusammenleben, wie sie die Familie aus dem ähnlich ländlich strukturierten Heimatort Telki kannte, erfuhr sie nicht.

Auch in der Backnanger Spinnerei Adolff, in der Anastasia Math wenige Monate später eine Arbeitsstelle annahm, sowie in der Freizeit *ist man* [als Flüchtling] *unter sich geblieben*. Man traf sich mit den Freunden, Bekannten und Verwandten aus der alten Heimat, die nun auf die umliegenden Höfe, Dörfer und Gemeinden verteilt waren. Weil man sich insgesamt aus dem Weg ging, gab es ihrer Bewertung nach kaum Anlass für sonstigen Unfrieden zwischen den Bevölkerungsteilen.

Johann Locher betont, dass man Ressentiments von Seiten der Altbevölkerung vornehmlich in den Anfangsjahren zu spüren bekam. Später seien Auseinandersetzungen oder Diskriminierungen meist nur noch persönlich motiviert gewesen und nicht mehr dadurch veranlasst, dass einer der Streitpartner ein Zugewanderter war. Die Bezeichnung „Flüchtling“ als Beleidigung sei spätestens in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre lediglich noch von jenen vorgebracht worden, die in einer Auseinandersetzung eine persönliche intellektuelle Unterlegenheit einräumen mussten und diese nun auf diese Weise zu kompensieren versuchten.

Hingegen kann Theresia Payer von einer außerordentlich herzlichen Beziehung zu den in Cottenweiler lebenden Hausleuten, bei welchen ihre Eltern, die Schwester und sie selbst für die ersten Jahre ein Obdach fanden, berichten.

⁷⁵ Frantziöch-Immenkeppel (wie Anm. 64), S. 6.

⁷⁶ Klaassen (wie Anm. 15), S. 118f.

⁷⁷ Allerdings beruht seine Einschätzung weniger auf der eigenen Erfahrung, als auf der kollektiven Erinnerung durch die Eltern sowie deren Familien- und Bekanntenkreis, da der Zeuge angesichts des jungen Alters von fünf Jahren bei der Ankunft für sich selbst von keinen persönlichen Anfeindungen durch die Einheimischen berichten kann.



Johann Locher mit seinen beiden Schwestern
Ende der 1940er Jahre.

Selbst als nach der Heirat noch ihr Mann sowie das gemeinsame Kind die Familie ergänzten und der Raum knapper wurde, kamen keine Feindseligkeiten von Seiten der Hauseigentümerin auf – im Gegenteil, dem jungen Ehepaar wurde sogar zusätzlich ein separates Zimmer unter dem Dach zur Verfügung gestellt. Vielleicht begünstigte jener Umstand das häusliche Klima, dass die Wirtin, nachdem ihr Ehemann im Krieg gefallen war, allein mit ihren Kindern lebte. Die Aufnahme einer Familie konnte auch sie im Alltag als hilfreich begriffen haben, zumal der Vater von Theresa Payer die sich im Haus befindende Schreinereiwerkstatt des gefallenen Mannes nun wieder nutzte. Vielleicht lässt sich das Motiv auch nicht unbedingt allein auf einen pragmatischen Ursprung reduzieren. Möglicherweise setzte diese einheimische Familie schlichtweg ein Exempel menschenfreundlicher Gesinnung und gebührender Nächstenliebe, die den Leuten so oft in öffentlichen Aufrufen nahegelegt wurde – ein Beispiel dafür, dass diese offenbar selbst unter den vermeintlich schwierigsten Bedingungen, wie etwa der notwendigen Teilung gemeinsamen Wohnraumes und Haus-

rats, durchaus vorhanden waren. Theresia Payer spricht in der Tat von einem kollegialen Verhältnis zu den Hausleuten, das sich durch gegenseitige partnerschaftliche Hilfe und Unterstützung im Alltag auszeichnete. Ihre Vorliebe für das Schneidern und Nähen förderte die Hausbesitzerin beispielsweise dadurch, dass sie ihr die eigene Nähmaschine uneingeschränkt zur Verfügung stellte. Eine geradezu rührende Begebenheit wird Theresia Payer wohl *niemals im Leben vergessen*: Als die Familie Neubrandt bereits einige Jahre mit den Einheimischen in einer Hausgemeinschaft gelebt hatte, konnte der Vater einen Christbaum für das bevorstehende Weihnachtsfest besorgen, um auch ohne Schmuck das Zimmer ein wenig in eine weihnachtliche Atmosphäre zu versetzen. Als die Familie wenige Tage später von der Arbeit heimkehrte, fand sie zu ihrer Überraschung eine geschmückte Tanne in ihrer Stube vor und dazu einen Teller Plätzchen. Es war die Hausbesitzerin selbst, die in der Abwesenheit der Mitbewohner diese liebenswerte Geste vorbereitet hatte.

Wie Erna Schmidt, erinnert sich auch Theresia Payer an durchweg positive Begegnungen mit jenen Altbürgern, die sie über die einheimische Gastfamilie kennenlernte. Die Tochter des Hauses wollte sie *da ein bisschen integrieren* und nahm sie regelmäßig mit in den evangelischen Mädchenkreis. Ihre Schwester betreute gelegentlich die Kinder der Nachbarsfamilie. Beispiele wie diese lassen ein typisches Phänomen erkennen: Im Kollektiv waren die Zugewanderten meist unwillkommen, während man ihnen als Individuen durchaus herzlich oder zumindest unvoreingenommen und freundlich begegnete. Denn in diesem Kontext stand die eigentliche Person im Vordergrund, nicht der Status, die Herkunft, das Andersartige bzw. eine größere fremde Gruppe, die gerade wegen ihrer Mehrzahl ein Ventil allgemeiner Frustrationen werden konnte und damit zur Zielscheibe von Diffamierungen.

Das in der Anfangszeit stetig wachsende spannungsreiche Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen gründete hauptsächlich in dem enorm divergenten ökonomischen Niveau der Beteiligten. Zwar war die Versorgungslage insgesamt für alle Menschen schwierig und auch die Einheimischen litten zum Teil große Not. Jedoch kamen die Flüchtlinge *gewissermaßen*



Mitarbeit auf dem Hof der Hausleute in Althütte-Fautspach Ende der 1940er Jahre (3. v. l.: Mutter von Johann Locher).

als Bettler.⁷⁸ Die im Folgenden wiedergegebene Flugschrift bezeugt die Schärfe der Flüchtlingsproblematik hinsichtlich der Bereitwilligkeit zur Aufnahme dieser existenzlosen Einwanderer von Seiten der Alteingesessenen. Sie war in den Jahren der stärksten Vertriebenen- und Flüchtlingszuflüsse in den Landkreisen Waiblingen und Aalen in Umlauf gekommen.⁷⁹ Unter dem Eindruck der außerordentlichen Hilfsbedürftigkeit der Zuwanderer kehrte die zunächst wohlwollende Haltung der Einheimischen bald schon um in eine erbitterte und aufgebrachte Stimmung, die in einem ablehnenden, ja in vielen Fällen sogar geradezu hasserfüllten Sozialverhalten mündete. In den nachfolgenden Zeilen sehen wir diese Denkart auf das Äußerste gesteigert und in Form einer Anrufung um Gottes Hilfe zum Ausdruck gebracht: *Herrgott im Himmel, sieh unsere Not, wir Bauern haben kein Fett und kein Brot. Flüchtlinge fressen sich dick und fett und stehlen uns unser letztes Bett. Wir verhungern und leiden große Pein, Herrgott, schick das Gesindel heim. Schick sie zurück in die Tschechoslowakei, Herrgott, mach uns von*

dem Gesindel frei. Sie haben keinen Glauben und keinen Namen, die dreimal Verfluchten, in Ewigkeit Amen.

Obzwar die Versorgungslage auf dem Land nicht derart desolat war wie in den städtischen Regionen, scheint wohl gerade die ländliche Population (*wir Bauern*) die Präsenz der Zuwanderer als besondere Bürde empfunden zu haben. Dies mag darauf zurückgeführt werden, dass auf dem Land aufgrund geringerer Zerstörung die ökonomische Diskrepanz zwischen den beiden Bevölkerungsteilen deutlich größer war als in der Stadt. Das Gefühl von Missgunst gegenüber den zahlreichen Einwanderern empfanden kriegsgeschädigte Ansässige wohl dahingehend, dass sie angesichts ihres Status als Altbevölkerung diverse Hilfeleistungen und -maßnahmen vornehmlich für sich beanspruchten und nur wenig, wenn nicht sogar keinerlei Verständnis für die Verteilung an fremde Zugewanderte aufbrachten. Repräsentativ für die gesamte, selbst Not leidende Altbevölkerung klagen in der oben zitierten Anlehnung an das Vaterunser-Gebet die Bauern den ihnen widerfahrenen Unsegen

⁷⁸ Wie der Lagerarzt Dr. Sernetz am 31. Dezember 1946 konstatierte. Klaassen (wie Anm. 15), S. 137.

⁷⁹ Aus: Nachlaß Franz Hamm, Institut donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen (IdGL) Archiv, Ha 354. Zitiert nach: Beer (wie Anm. 18), S. 164.

an. Der *Herrgott im Himmel* solle seinen Beistand allerdings nicht in der Verbesserung der allgemeinen Notlage bzw. der der Einwanderer erweisen, die wiederum eine Entlastung der Einheimischen hätte herbeiführen können, sondern schlichtweg in der Befreiung von dem Unheil verursachenden *Gesinde*. Im Gegensatz zum Standpunkt der öffentlichen Institutionen scheint die allgemeine Bevölkerung dem Gedicht zufolge nicht gerade darauf bedacht gewesen zu sein, die Ankömmlinge auf Dauer aufzunehmen. Als immer deutlicher zutage trat, dass diese nicht wieder zurückkehren würden, verbreiteten sich Verdrossenheit und Unwille.

Die bewusste Ausgrenzung dieser Personengruppe in den Anfangsjahren erfolgte zumeist auf persönlicher Ebene. Fremdheit und augenscheinliche Unterschiede etwa konfessioneller Art rechtfertigten auch in den zitierten Versen vordergründig die verhaltene oder gar kühle und verschmähende, ja abwehrende Gesinnung und dienen als vermeintlich zwingendes Movens für die erhoffte Rückführung der Zuwanderer in ihre alte Heimat. Der schließende Topos *in Ewigkeit Amen* verdeutlicht die Beharrlichkeit, in der man sich der Aufnahme und Eingliederung der Ostflüchtlinge widersetzte. Der oder die Verfasser sahen sich vermutlich in einem Verteilungskampf,



Erstes Auto der Familie Locher ca. 1960. Im Hintergrund Siedlungshaus.

dessen Ende nicht abzusehen war. Eine typische Erscheinung solcher Verhältnisse ist Neid und damit verbunden der Hang zur Verfälschung der Wirklichkeit zum eigenen vermeintlichen Nachteil. Während sich die Flüchtlinge angeblich in Übermaßen verköstigen ließen, litten die Einheimischen Hungersnot. Dass es den Zuwanderern besser ginge als der Altbevölkerung, war ein landläufiges und beliebtes Vorurteil. Immer wieder empfanden sich die Interviewpartner vergleichbaren Unterstellungen ausgesetzt.

Auch in der Phase wirtschaftlicher Belebung reduzierte sich der Neid auf die Verteilungspraxis von Hilfeleistungen nicht gänzlich. Vielmehr verstärkte sich dieser zunächst, nachdem sich die materielle Lebensqualität der Vertriebenen innerhalb der ersten zehn Jahre nach der Ankunft erheblich verbessert hatte. Dass diese Erholung nicht allein auf die von ihnen bezogenen Sozial- und Finanzleistungen zurückzuführen war, sondern eben auch das Resultat des persönlichen unermüdlichen Verbesserungswillens und -einsatzes der zunächst mittellosen Neubürger war, wurde von kritischen Augen gerne übersehen. Insbesondere der Hausbau wurde oftmals gänzlich auf das Konto des Lastenausgleichs verbucht – ein Trugschluss, der unter den Einheimischen in weiten Kreisen zu Verdruss und Missgunst führte, da einige diese Leistung irrtümlich für eine reine Flüchtlingshilfe hielten.⁸⁰

Problematisch war in dieser Zeit nicht die existenzielle Stärkung der Zuwanderer an sich, die bekanntermaßen dringend notwendig war und daher auch der eigenen Entlastung wegen von Seiten der Altbevölkerung grundsätzlich befürwortet wurde. Es war wohl oft schlichtweg die Sorge des Einzelnen, selbst hinter anderen auf der Strecke zu bleiben, selbst kein Stück vom großen Kuchen des Wiederaufbaus und Wirtschaftsaufschwungs abzubekommen – erst recht, wenn man dann sogar hinter einem einst Zugewanderten zurückblieb, der doch ursprünglich deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen gehabt hatte. Wenn vor dem neu gebauten Eigenheim des ehemals mittellosen Untermieters plötzlich ein Auto stand und sich abends dessen Nachbarschaft bei ihm versammelte, um gemeinsam die Nachrichten im gera-

de erst erworbenen Fernseher anzusehen, während man selbst hingegen nach wie vor das alte Bauernhaus bewohnte, keinen Wagen, sondern vielleicht nur Rad und Mähdrescher fuhr und die Nachrichten dem Radio entnehmen musste – und angeblich alles nur, weil man selbst ja keinen Lastenausgleich bekommen hat –, dann kann man annehmen, dass in manchen Fällen solche oder ähnliche Vergleiche schon mal ein Nährboden für allgemeine Frustration sein konnten. So schätzt Helmut Giess Unterschiede zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen gerade gegenüber den einheimischen Bauern am drastischsten ein. Während diese unmittelbar nach dem Krieg deutlich mehr hatten, kehrte sich das Blatt in den fünfziger Jahren, sodass diese unter den Einheimischen am wenigsten vom Aufschwung profitierten und somit auch den Flüchtlingen, die nun gleichsam Anteil an den wirtschaftlichen Entwicklungen nahmen wie die restlichen Altbürger, oftmals in mancherlei materieller Anschaffung nachstanden. Das oben entworfene Szenario ist an diese Wahrnehmung der Verhältnisse angelehnt, die auch mit anderen Aussagen der Interviewpartner übereinstimmt.

Gewiss sprechen solche Fälle nicht für die Reaktionen ausnahmslos aller Altansässiger. Die meisten Interviewpartner heben ganz im Gegenteil sogar hervor, dass insbesondere ihre volkswirtschaftlichen Verdienste sich vorteilhaft auf ihre soziale Eingliederung auswirkten. *Du bist, was du leistest*, sei damals der Leitgedanke gewesen – ob von Einheimischen oder Nichteinheimischen.⁸¹ Die eigene ökonomische Misere wurde offenbar von Seiten der Flüchtlinge und Vertriebenen selbst als die zentrale Ursache für die vorherrschenden Feindseligkeiten begriffen. Im Großen und Ganzen veranlassten die neu erworbenen Statussymbole um die Mitte der fünfziger Jahre die Einheimischen doch eher zu einer größeren Bereitschaft, die Neubürger nunmehr auch sozial als gleichwertig anzusehen, nachdem strukturell die Eingliederung großteils erfolgt zu sein schien. *Und nun, mit Häusle, war die Familie anerkannt*, zitiert Horst Klaassen eine Frau aus Backnang.⁸² So empfanden sich die Vertriebenen unter den eigenen verbesserten

⁸⁰ Nach Einschätzungen der Befragten.

⁸¹ Aussage Johann Locher.

⁸² Klaassen (wie Anm. 15), S. 126.

Verhältnissen von den Einheimischen erstmals wirklich auf gleicher Augenhöhe wahrgenommen und behandelt.

Interessanterweise zeigt sich dieses Leistungsbewusstsein unter anderem darin, dass teilweise die Befragten ihre Angaben gerne auch durch die Erwähnung eines erfolgreichen und aner kennenswerten Werdeganges der eigenen Kinder ergänzen. Dies geschieht bevorzugt dann, wenn ihrer eigenen Ansicht nach die persönliche berufliche Biografie durch die erschwerenden Ausgangsbedingungen, die man als Flüchtling oder Vertriebener zunächst hatte, auch nachwirkend ungünstig beeinflusst wurde. Die ihnen gebührende soziale Wertschätzung sollte ihnen nunmehr spätestens über die Kinder zukommen.

Auf die Frage hin, wie das Betragen der Einheimischen den Vertriebenen gegenüber Anfang der sechziger Jahre wahrgenommen wurde, reagierten beinahe alle Interviewpartner spontan mit folgender oder ähnlicher Gegenfrage: *Na, was soll man antworten? Man war angenommen. Da gab es nichts mehr*, als sei dies nicht bereits aus der Einschätzung der Verhältnisse Mitte der fünfziger Jahre hervorgegangen, als sei es eine Selbstverständlichkeit, dass danach keine oder kaum eine bemerkenswerte Fortentwicklung hin zur Vollendung eines spannungsfreien Verhältnisses zwischen Zuwanderern und Alteingesessenen stattgefunden habe. Daraus kann man schlussfolgern, dass die entscheidenden Veränderungen innerhalb der ersten zehn Jahre nach Ankunft stattgefunden haben müssen. Zwar kann man, alles in allem betrachtet, festhalten, dass die Grundeinstellung der Einheimischen gegenüber der Tatsache, dass die zugewanderten Neubürger für immer in Backnang und Umgebung bleiben würden und sie demgemäß in einer angemessenen Weise aufzunehmen und einzugliedern seien, sich nach einer anfänglichen Krise in den ersten beiden Jahren bald schon kontinuierlich positiv entwickelte. Jedoch lässt sich auch in den fünfziger Jahren nach wie vor ein relativ zwiespältiges Bild der einheimischen Aufnahme- und Eingliederungsbereitschaft in Erfahrung bringen.

Bezüglich des Integrationsprozesses hatten

die oben skizzierten Verhältnisse vor allem auch Einfluss auf die Haltung der Zuwanderer selbst gegenüber dem neuen Wohn- und Arbeitsort, der dem Gesetz nach die neue Heimat werden sollte. Während etwa der Eindruck des Willkommenseins oder einer fürsorglichen Betreuung von Seiten der Aufnahmegesellschaft die Sehnsucht nach der zurückgelassenen Heimat mindern und damit die Bereitwilligkeit der Zuwanderer, in Backnang ein neues Zuhause zu begründen, begünstigen konnte, drohten Feindseligkeiten indessen eine gegenseitige Annäherung in jeder Hinsicht zu verzögern oder gar zu verhindern. Die Haltung der Zuwanderer soll nun im nachfolgenden Abschnitt betrachtet werden.

Haltung der Flüchtlinge und Vertriebenen

Auf die Frage hin, welche Bedingungen nach Einschätzung der Befragten für ein gutes Verhältnis zwischen beiden Bevölkerungsteilen förderlich gewesen seien, geben fast alle zunächst eine Beurteilung ausschließlich hinsichtlich ihres persönlichen Verdienstes ab. Während Anastasia Math ihre Aussage ferner durch die Bewertung der allgemeinen Umstände ergänzt, führt Erna Schmidt nur diesen Aspekt als Grund an. Konkret wird im Wesentlichen ein gutes Verhältnis vor allem davon abhängig gemacht, ob man die Möglichkeit hatte, in persönliche Kontakte mit den Einheimischen zu treten, was die Chance bot, sich gegenseitig kennen und wertschätzen zu lernen. Erna Schmidt kam angesichts ihrer Unterkunft bei einer befreundeten Backnanger Familie fast ausschließlich mit Einheimischen in Kontakt. Die freundschaftliche Beziehung zur Gastfamilie ließ ihr einen positiven Ruf voraus-eilen, was sonst nur wenige andere Zuwanderer erfuhren. Von den übrigen Befragten kann nur noch Theresia Payer von einem solchen Vorteil berichten. Vor allem die eigene Bereitschaft zur Anpassung an die Altbevölkerung wird als ein entscheidender Faktor begriffen, der den alltäglichen Umgang miteinander entspannte.⁸⁴

In welcher Form wurde diese nun faktisch unternommen? Welches Verständnis von Anpassung der Flüchtlinge und Vertriebenen selber können wir aus den im Folgenden aufgeführten

⁸⁴ In der Forschung wird ebenfalls eine weit verbreitete Anpassungsbereitschaft der Flüchtlinge an die Eingesessenen als ein entscheidender Erfolgsfaktor verstanden. Eberl (wie Anm. 27), S. 161.

Beispielen ersehen? Und letztlich: inwiefern entsprach dieses dem Assimilationsgedanken der amerikanischen Militärregierung?

Zuvorderst muss bemerkt werden, dass die ökonomische Angleichung dem Grunde nach keine Form der Anpassung an sich ist. Den Interviewgesprächen ist zu entnehmen, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht in erster Linie versuchten, sich einem vermeintlich einheitlichen ökonomischen Status der Aufnahmegesellschaft anzunähern. Vielmehr war es die gravierende existenzielle Notlage, die dieselben zu bemerkenswerten Leistungen antrieb, die schlichtweg die Sicherstellung einer anfänglich überlebensnotwendigen und späterhin einer lebenswürdigen Existenz zum Ziel hatten. Dass für den Zeitpunkt ab Mitte der fünfziger Jahre keiner der Befragten mehr ein wirtschaftliches Missverhältnis der Neubürger gegenüber den Alteingesessenen bezeugen konnte, ist auf eine allseitige Fortentwicklung der ökonomischen Versorgungslage zurückzuführen. In diesem Zusammenhang war eine Annäherung quasi von beiden Seiten mitgetragen worden. Da auch die Einheimischen einen Fortschritt ihrer Lebenssituation erfuhren, ließ die Phase des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in den fünfziger Jahren beide Integrationspartner sich gleichsam auf einer fortentwickelten Stufe ihres ökonomischen Standes wiederfinden.

Die materielle Verbesserung stellt eine wichtige Basis dar für die Bereitwilligkeit und letztendlich auch die Fähigkeit, die neue Umgebung als Heimat anzunehmen. Das Bestreben hierzu bewiesen die Flüchtlinge und Vertriebenen vornehmlich in ihrem Engagement für die Überwindung diverser Missstände. Beispielsweise war man um angemessene, würdigere Wohnbedingungen bemüht oder darum, eine Erwerbstätigkeit zu finden, die dies ermöglichen konnte. Wenn die Interviewpartner von Anpassung sprachen, bezogen sie sich in der Regel tatsächlich nicht auf den ökonomischen Aspekt, sondern meinten vielmehr die alltägliche Lebensweise an sich. Vor allem scheinen die Zugewanderten eben gerade die Anpassung an die gegebenen Lebensumstände als eine wesentliche Voraussetzung für ihre Integration in das gesamtgesellschaftliche System begriffen zu haben.



Modestil vor der Vertreibung (1. v. l.: Mutter von Johann Locher).

Vereinzelt wurde als der allererste Akt der Anpassung die Neugestaltung der Kleidergewohnheiten und der Frisur nach deutschem Vorbild genannt, was jedoch vornehmlich den weiblichen Bevölkerungsanteil betraf. Beispielsweise hatten die ungarndeutschen Frauen schon bald ihre heimatübliche Tracht abgelegt und auch die langen, zu einem Zopf geflochtenen und streng nach oben gesteckten Haare wichen einem modernen Kurzhaarschnitt. Jedoch war hierfür nicht unbedingt nur Modebewusstsein das Motiv, sondern oftmals auch pragmatische Gründe, wie Anastasia Math erläuterte. Aus den weiten Röcken konnte andere Kleidung genäht werden. Außerdem erwies sich im berufstätigen Alltag ein Kleiderwechsel als äußerst praktisch. Ferner musste man angesichts der Tatsache, dass man aus der Heimat nur das Nötigste mitgebracht hatte, erst neue Kleidung erwerben, welche dann fortan zwangsläufig eine angepasste war. Etwas amüsant, aber doch nicht falsch ist die Aussage Johann Lochers über die Modege-

wohnheiten der Männer: *Naja, Schaffklamotten sind Schaffklamotten*. Die Absicht jedoch, nicht bereits auf den ersten Blick als Fremder in Erscheinung zu treten, liegt diesen Wandlungen selbstverständlich mindestens genauso nahe und ist auf jeden Fall ein wichtiges Beispiel von Anpassungsbereitschaft.

Deutlicher noch zeigt sich die Absicht zur Anpassung in den Bemühungen der Zuwanderer um eine Annäherung ihres Sprachgestus an die lokale Mundart. Die Sprache der Einheimischen zu sprechen, begriffen viele Flüchtlinge und Vertriebene als eine Grundvoraussetzung, um mit ihnen in Kontakt und Austausch zu treten. Als Deutschstämmige sprachen zwar alle Deutsch, jedoch oftmals mit einem eigentümlichen Dialekt oder Akzent. Unterhält man sich heute mit Angehörigen der jüngsten Flüchtlingsgeneration, findet man bei diesen keinerlei Anzeichen für ihre nicht-schwäbische Herkunft und ein nicht-schwäbisches Elternhaus. Eingeborenen Backnangern stehen sie in nichts nach. Gerade die Zeugen aus dieser Altersgruppe sind es auch, die im Gespräch die sprachliche Anpassung ganz besonders hervorhoben. Offensichtlich empfanden sie für sich die heimatliche Sprache als das einzige Moment, das sie als ein Fremdling markierte, denn *unter Kindern, auf der Gasse gab es keine Unterschiede*.⁸⁵ Die einzige Barriere, die sie nehmen mussten, um am neuen Wohnort sozial heimatlich zu werden, war wohl die Angleichung der eigenen an die lokalen Sprachgewohnheiten. Hochdeutsch sprach Helmut Giess schon bald nur noch daheim und auch Johann Locher pflegte verschiedene Sprachstile souverän – je nachdem, ob er in familiärer Umgebung war, wo eine Art des habsburgischen Dialektes gesprochen wurde, oder in Gesellschaft Einheimischer: *Sobald ich außer Haus war, hab ich schwäbisch gesprochen*. Nicht ganz so einfach hatten es die beiden älteren Jahrgänge. Sowohl Theresia als auch Georg Payer haben das Schwäbische *nur nebenher* in ihren Sprachgestus aufgenommen. Die ebenfalls habsburgische Mundart ist heute noch in großen Teilen herauszuhören. Angesichts ihrer gleichen Herkunft pflegten die Eheleute untereinander weiterhin die heimatlichen Sprachgewohnheiten.

Bei denjenigen, die bei Ankunft in Backnang bereits über zwanzig Jahre alt waren, manifestierten sich diese sprachlichen Kennzeichen umso mehr. Zwar lässt auch Anastasia Math das Schwäbische ein wenig mitklingen, jedoch ist die heimatliche Mundart noch derart dominant, dass sich einheimische Ohren erst ein wenig „inhören“ müssen, um das Gesagte wirklich gut zu verstehen. Wobei jedoch, in Anbetracht gewisser Ähnlichkeiten süddeutscher Sprachvarianten mit dem Habsburgischen⁸⁶, dies Deutschsprechern entfernterer Regionen sogar noch deutlich schwerer fallen dürfte als den in Süd- und Südwestdeutschland lebenden Menschen. Bei Erna Schmidt lässt lediglich das standardnahe Deutsch eine nicht-native Herkunft vermuten. Auf die Heimatregion Siebenbürgen kann daraus allerdings nicht definitiv geschlossen werden. Wenn von dieser Generation also das Schwäbische nicht angenommen wurde, so ist dies kein Anzeichen mangelnder Anpassungsbereitschaft, sondern schlichtweg das Resultat natürlicher Grenzen der Spracherwerbsfähigkeit.

Wobei an dieser Stelle zu ergänzen wäre, dass sich bei Erna Schmidt die enorme Sehnsucht nach der alten Heimat in den Anfangsjahren durchaus auch darin äußerte, dass der einheimische Dialekt zunächst rigoros abgelehnt wurde. Sie empfand ihn schlichtweg als *schrecklich*. Dennoch ist dies nicht der eigentliche Grund dafür, dass letztlich keine schwäbische Sprachfärbung angenommen wurde. Denn etwas später, als sie sich in Backnang eingelebt hatte und heimischer geworden war und die Mundart nach knapp zwei Jahren allmählich immer besser verstand, hatte sie tatsächlich auch den Willen entwickelt, sich die schwäbische Sprachvariante anzueignen. *Ich wollte es lernen*, erinnert sie sich, aber dann bekam sie einen wohlgemeinten Rat von einer Tante ihrer Freundin: *Lassen sie es lieber. Sie werden es nicht mehr lernen. Klingt nur komisch*. Und so blieb es bei der hochdeutschen Sprachgebung.

Sprache ist das wichtigste Instrument, um sich miteinander auszutauschen, also um kognitive Annäherung zu arrangieren. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang daher das

⁸⁵ Zitat Helmut Giess. Erst in der Schule, wo es denn auf eine bessere Kleidung ankam, sei dann der Unterschied hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage sichtbar gewesen.

⁸⁶ Johann Locher: *So anders war der heimatliche Dialekt nicht*.



Volkstümliche ungarische Trachten (links: Mutter von Johann Locher).

Phänomen, dass mit der Ankunft im Backnanger Landkreis zeitlebens in keiner Familie der befragten Zeitzeugen die heimatliche Landessprache mehr gepflegt wurde. Auch im Elternhaus Johann Lochers nicht, obwohl die Mutter selbst gebürtige Ungarin war.⁸⁷ Warum letztendlich in den einzelnen Fällen tatsächlich die Landessprache zurückgestellt bzw. aufgegeben wurde, gilt es hier nicht im Detail zu erörtern. Mit dem heutigen globalen Bewusstsein mag man die vorsätzliche Abkehr von einer Muttersprache wohl als einen fatalen Verlust verurteilen, damals jedoch wurde dies als ein notwendiger Akt unter vielen gesehen, den die Flüchtlinge und Vertriebenen vor dem Hintergrund ihrer Lebenssituation aus dem menschlichen Grundbedürfnis nach Heimat und sozialer Zugehörigkeit heraus zu tun bereit gewesen waren. Dieser Aspekt der Sprachproblematik wirft die Frage auf, inwiefern die Anpassungsbereitschaft an die Lebensformen der Alteingesessenen denn eigentlich die Preisgabe der eigenen Kultur widerspiegelt und ein völliges Aufgehen der

Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft im Sinne des Assimilationskonzepts der US-Militärregierung einleitete.

Wenn die Heimatvertriebenen damals also eine außerordentliche Bereitwilligkeit zur Annahme neuer Lebensformen und kultureller Eigenheiten aufwies bzw. sie heute retrospektiv beteuern, so muss dies insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Die Eindrücke des gerade erst zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieges und der persönlich erlebte Heimatverlust hatten die Sichtweise auf die gegebenen Umstände entsprechend geprägt. Prinzipiell schien zu gelten, was Georg Payer wie folgt formulierte: *Das war die Zeit. Alle mussten bei Null anfangen.* So sahen sie sich also gewissermaßen an einem Nullpunkt stehend, an dem es offensichtlicher als es manche vielleicht anfangs wahrhaben wollten, kein Zurück gab, sondern allerhöchstens noch ein Vorwärts. Zwar dachten viele in der Sehnsucht nach vergangenen Zeiten und den zurückgelassenen Menschen vor allem anfangs noch, man kommt wieder heim (Theresia Payer), jedoch waren auch diese Gedanken bereits von Anbeginn von der Skepsis überschattet, ob eine Rückkehr in die Heimat denn tatsächlich je möglich sein würde (Anastasia Math). Dies war der Ausgangspunkt für alles weitere. Und nach diesem Verständnis der Lage begriffen sich die Heimatlosen als selbst verantwortlich dafür, ob sie sich nun die Chancen auf eine neue Heimat eröffnen oder versperren wollten.

Zwar entwickelten die Zuwanderer hieraus wohl durchaus das große Bestreben nach einer Teilnahme am ökonomischen wie sozialen Gefüge des Aufnahmelandes und damit jene besprochene Offenheit und Anpassungsbereitschaft gegenüber dessen Eigenheiten. Allerdings wäre es ein Irrtum, daraus ein Ausmaß an Eingliederungswillen abzuleiten, das bis zur gänzlichen Selbstaufgabe hinreichte. Unter Anpassung verstanden und verstehen die Zeitzeugen auch heute noch offenbar die Angleichung an diverse Gegebenheiten, wohl unter anderem auch in materieller Hinsicht. Aber vor allen Dingen begreifen sie heute ganz allgemein die Anpassung an die Umstände dahingehend, dass sie sich in

⁸⁷ Lediglich eine bekannte Familie der Lochers unterhielt sich zuhause weiterhin ungarisch, sodass die Kinder zweisprachig aufwuchsen.

der damals gegebenen Situation mit der neuen Umwelt einfach auseinandergesetzt haben: *Sie wollten sich integrieren.*⁸⁸

Das hieß für sie, sich in die neuen Lebensumstände insofern einzufinden, als sie sich zumindest nicht selbst von vornherein ausgrenzten. Sich mit den Verhältnissen zu arrangieren, forderte sie zugleich aber auch dazu heraus, vorherrschende Missstände anzupacken und zu beseitigen. Dies wäre ihnen aber wiederum unter völliger Selbstaufgabe niemals derart gelungen, wie es tatsächlich der Fall war. Denn die Achtung seiner Selbst ist der größte Antrieb zur Besserung der eigenen Lebensumstände. In Anbetracht dessen entspricht der Anpassungsbegriff der zugewanderten Deutschen also nicht jenem der Militärregierung. Ihre Haltung war kein Zeichen von Resignation, denn es fand kein völliges Aufgehen in der Aufnahmegesellschaft statt, sondern neben dem Annehmen auch ein Abgeben soziokultureller Eigentümlichkeiten. Die Erweiterung des Speiseplans in einheimischen Haushalten durch die zugewanderten osteuropäischen Deutschen ist mitunter das alltäglichste Beispiel und heute sogar nicht einmal jedem allzu bewusst. Auch legten sie es nicht darauf an, um alles in der Welt mit Einheimischen in Kontakt und Austausch zu treten. Einerseits, weil man sich ihrer Sympathie und Gunst zum Teil auch aus Erfahrung nicht unbedingt sicher war. Zum Großteil aber, weil sie in der Fremde ein heimatliches Gefühl vor allem dann empfanden, wenn sie die bestehenden sozialen Verbindungen aus der Heimat bewahrten.

Vor allem über die Anfangsjahre berichteten die Zeitzeugen geradezu von einer Intensivierung der familiären und freundschaftlichen Beziehungen der Heimatvertriebenen untereinander. Obwohl man auf das ländliche Umfeld rund um die Kreisstadt Backnang verteilt worden war, bemühte man sich um regelmäßige gemeinsame Unternehmungen. Aus den Erinnerungen seiner Eltern weiß Johann Locher, dass ein Bekannter ab und an mit einem Transportauto die Dörfer und Weiler abfuhr und sämtliche Bekannte entweder zu Ausflügen abholte oder um den Tag an einem See oder die Abende auf Tanzveranstaltungen miteinander zu verbringen. Wenn sie sich *mit den eigenen zum Tanz*

getroffen hat, fühlte sie sich heimatlich, blickt Anastasia Math zurück. Erst recht, wenn bei diesen Veranstaltungen eine aus Landsleuten bestehende Musikgruppe sogar altbekannte heimatliche Musik spielte. Die Kirchengemeinde Ebersberg, die ohnehin eine katholische Exklave war, bot mit den Heiligen Messen oder diversen Kirchenfesten ebenfalls Anlässe, sich zu treffen. Man blieb jedoch auch bei diesen „unter sich“, weil man aufgrund der Distanz zu den Einheimischen gerade in diesem Kreis fühlte: *Man ist nicht allein.*⁸⁹

Während die Eltern Johann Lochers den Kontakt zu Einheimischen in den späteren Jahren immer stärker suchten, erinnert sich Helmut Giess, dass seine Eltern auch nach wie vor nicht allzu gerne oder häufig auf die von ihm so bezeichneten *Dorffeste* gegangen seien. Dennoch kamen sie aufgrund der eigen geführten Gaststätte durchaus immer mehr mit den Alteingesessenen in Kontakt. Anastasia Math führt die verschiedenen Haltungen der Zuwanderer vor allem auf die unterschiedlichen Charaktere der Betroffenen zurück. Sie selbst sei diesbezüglich, wie sie einräumt, ein eher schwierigerer Typ gewesen, andere wiederum offener. Auch habe sie die Sprache nicht nur darum nicht angenommen, weil sie zu alt gewesen sei, sondern auch aus einer gewissen Ablehnungshaltung gegenüber der schwäbischen Sprachfärbung. Dies untermauert die Annahme, dass in der Tat die kulturellen Eigenheiten der einheimischen Bevölkerung nicht gänzlich unkritisch akzeptiert und übernommen wurden. Helmut Giess formuliert diese Erfahrung gezielt polemisch und scharf, indem er berichtet, er und seine Geschwister seien *regelmäßig dazu geprügelt* worden, daheim hochdeutsch zu sprechen. Dass auch bei den Kindern auf keine absolute Übernahme der Sprachweise geachtet wurde, erhärtet die Ablehnungshaltung. Allerdings kann angesichts der anfänglichen Verständnisschwierigkeiten, die die Eltern von Helmut Giess mit dem Schwäbischen hatten, diese These wiederum etwas abgeschwächt werden, könnte doch auch deshalb eine besondere Wertschätzung der Hochsprache entstanden sein. Der Arbeitsplatz beider Eltern teile bei Telefunken in Backnang, das seinerzeit sehr viele auswärtige Mitarbeiter beschäftigte,

⁸⁸ Johann Locher über die Flüchtlinge und Vertriebenen aller Generationen.

⁸⁹ Zitat Johann Locher.



Erna Giess, Mutter von Helmut Giess (links), an ihrem Arbeitsplatz bei Telefunken.

mag diese Haltung durchaus gefördert haben. Auch darum färbte das Schwäbische wohl nicht auf die Sprachgebung der Eltern ab.

Für die Zeit zwischen 1956 und 1961 können die Befragten keine konkreten Aussagen mehr über die Anpassungsbereitschaft machen. Dies mag daher rühren, dass das Verhältnis zwischen den Einheimischen und Zugewanderten von den letzteren zwischenzeitlich als ein entspanntes oder gar gewöhnliches empfunden wurde, das von gegenseitiger Einflussnahme geprägt war.⁹⁰ Man hatte sich nicht nur ökonomisch miteinander weiterentwickelt, sondern wurde auch in Bezug auf die Lebensweise kollektiv mit kulturellen Neuerscheinungen konfrontiert und von diesen zu persönlicher Fortentwicklung angeregt. Eine bewusste Annäherung fand hingegen in eine andere Richtung statt, nämlich wieder hin zu den eigenen Wurzeln und Traditionen. Mit § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes“ erhielt diese Bewegung nicht nur einen gesetzlichen Rahmen, sondern auch einen offiziellen Charakter. „Um

die Vergangenheit in die Gegenwart hinüberzueretten“, wie es Josef Foschepoth zum Ausdruck bringt, resultierten daraus diverse Programme oder organisierte Veranstaltungsangebote, die die Rückbesinnung der Zuwanderer auf ihre Wurzeln unterstützen sollten.⁹¹ Vor allem die Kinder der Heimatvertriebenen sollten hiervon profitieren, indem sie nacharbeiteten, was vermeintlich aus Gründen der Existenzsicherung zunächst in den Hintergrund gerückt war. 1954 besuchten zum Beispiel Helmut Giess und seine beiden jüngeren Geschwister einen Kurs für litauische Sprache und Kultur. Aus mangelndem Interesse stellten sie die Teilnahme jedoch bald wieder ein. Auch ihre Eltern haben insgesamt nur zwei oder drei Mal an der Weihnachtsfeier einer landsmannschaftlichen Organisation teilgenommen. Darüber hinaus pflegten sie keine weiteren Verbindungen zu dieser oder einer ähnlichen Interessengemeinschaft. Vielleicht wurde erkannt, dass man die Tradition nur in der Form weiterleben konnte, wie sie in das gegenwärtige

⁹⁰ *Alles hat sich normalisiert*, weiß Theresia Payer diesbezüglich zu sagen.

⁹¹ Foschepoth (wie Anm. 44), S. 86-113.

Lebenskonzept passte – und sei es auch nur in einer reduzierten oder zeitgemäß modifizierten Art und Weise. Bei den restlichen Interviewpartnern bzw. in deren Familien und Bekanntenkreisen drückte sich diese Rückbesinnung hauptsächlich in einem gesteigerten Wunsch danach aus, einmal wieder die alte Heimat zu sehen. Eine Rückkehr kam für sie alle aber nur noch besuchsweise in Frage.

Abschließend sei noch anzumerken, dass alle Interviewpartner der Ansicht sind, dass im Grunde zu keinem Zeitpunkt eine wirklich bemerkenswerte Veränderung der eigenen Sitten, Bräuche und kulturellen Eigenheiten erfolgt sei, weil sie faktisch gar nicht nötig gewesen wäre, denn der Wahrnehmung der Befragten zufolge seien die kulturellen Eigenheiten zwischen den beiden Integrationspartnern *kaum bis gar nicht anders* gewesen. *War ja die gleiche Kultur. Ob katholisch oder evangelisch, auf jeden Fall hatten sie alle die christliche Religion*, so Johann Locher. Also gab es Schnittpunkte, an die man nur ansetzen musste, wollte man sich den Ansässigen annähern. Eine völlige Aufgabe der eigenen Kultur war demnach also nicht vonnöten.

Resümee

Für eine günstige Integrationsentwicklung sollte nach Ansicht Eckart Ohlshausens zumindest die Altbevölkerung die Bereitschaft zur Aufnahme der Zuwanderer aufweisen.⁹² Den Ergebnissen der Befragungen zufolge muss jedoch dem Eingliederungswillen des zu integrierenden Bevölkerungsteils eine ebenso große Bedeutung zugesprochen werden. Im Idealfall sind beide Integrationspartner einer Eingliederung zugeeignet, selbst wenn sie dies nur geringfügig tun. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte für Backnang eben dieser Umstand in Erfahrung gebracht werden. So haben die Neubürger gerade vermögens ihrer vorwiegend positiven Grundhaltung gewissermaßen dazu beigetragen, dass sich auch von Seiten der ansässigen Bevölkerung der Widerwillen löste und sich mit der Zeit in eine einwilligende, von Akzeptanz und Zuversicht bestimmte Gesinnung umkehrte. Sicherlich gelang dies aber wiederum nur, weil bereits eine entscheidende Komponente der

aufnehmenden Seite – nämlich die Vertreter der öffentlichen, gesetzgeberischen und administrativen Organe – die Aufnahme und Eingliederung der Zuwanderer nicht nur befürworteten, sondern überdies für ihren möglichst reibungslosen und baldigen Verlauf geradezu eindringlich eintraten – sowohl verbal als auch in Form konkreter Maßnahmen. Johann Locher betont, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen in die öffentlichen Institutionen *volles Vertrauen* hatten, da diese ihre Anliegen und Interessen gewissenhaft und verantwortungsbewusst berücksichtigten und vertraten. Es sei insgesamt *viel für die Vertriebenen getan* worden, *ja man hätte sogar Beschwerde einlegen können*. So empfanden die Zuwanderer von Anbeginn, als sie selbst noch keine eigenen Vereinigungen gründen durften, die öffentlichen Institutionen als ihre Interessenvertreter. Das Vertrauen in Privatpersonen hingegen war kurz nach dem Krieg vergleichsweise nur gering vorhanden.

Wir erkennen, dass die Denk- und Handlungsweise beider Populationen in einer aufs engste miteinander verbundenen Korrelation zueinander standen. Eine wohlmeinende Haltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber den Zwangsmigranten konnte beispielsweise deren Entscheidung, in der neuen Umgebung bleiben zu wollen, positiv fördern und damit ihre Bereitschaft stärken, sich in das soziale und ökonomische System entschlossen und tatkräftig einzufinden. Die anfänglich demoralisierten Flüchtlinge und Vertriebenen konnten durch eine wohlwollende Aufnahme sowie Beistand und Hilfsbereitschaft, die zunächst zumindest von öffentlicher Seite am eindringlichsten zutage trat, neue Zuversicht schöpfen und etwaige Perspektiven der Verbesserung erkennen, dass hier etwas möglich war, dass sie fähig werden konnten, Backnang zu einem neuen Zuhause werden zu lassen und folglich, dass es sich lohnte, hierfür Einsatz zu bringen, weil man Unterstützung und Chancen bekam.

Auf der anderen Seite, wenn sich die Neubürger von den Einheimischen als nicht gerade willkommen geheißen, sondern vielmehr sogar als unerwünscht und lästig fühlten, interpretierten sie ihre derzeitige und künftige Lebenssituation – vor allem im Hinblick auf eine Verwurzelung in sozialer Hinsicht – eher

⁹² Ohlshausen (wie Anm. 53), S. 34.

als ungünstig.⁹³ Daraus resultierte Skepsis, ob ein Bleiben sinnvoll bzw. überhaupt möglich sei und der Wunsch nach einer Rückkehr in die alte Heimat. Zeugenaussagen zufolge bestimmte nicht nur die materielle Lage das Ausmaß an Rückkehrwillen, sondern auch die soziologische Lebensqualität. Ist unter solchen Bedingungen die ersehnte Rückkehr aber nicht realisierbar, besteht die große Gefahr, dass die Immigrantengruppe eine isolierte Klasse innerhalb des übergeordneten Gefüges bildet, dessen Teilglied sie denn durch die Erwerbstätigkeit allenfalls in volkswirtschaftlicher Hinsicht wird. Nicht nur sie selbst empfindet sich dann als ausgeschlossen, sondern wird auch von

den Einheimischen als solche wahrgenommen und ist es realiter leider auch. Ein sich selbst oder den anderen desintegrierendes Verhalten forciert gegenseitige Vorurteile und Ressentiments, weil die jeweilige Gegenseite dadurch verkannt wird.

[Anmerkung: Im Backnanger Jahrbuch 17, 2009, werden noch die wirtschaftlich-materielle und sozioökonomische Annäherung (Annäherung der Wohnverhältnisse, berufliche Integration), die soziale Integration und die identifikatorisch-emotionale Annäherung behandelt und der gesamte Beitrag mit einer Schlussbetrachtung abgeschlossen]

⁹³ Nach Aussagen Anastasia Maths.